

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Druckbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
zahlung der Retormarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich (rüh)

7. Jahrgang.

Donnerstag, 7. April 1927.

Nr. 82.

## Regieren mit dem Polizeinüppel. . . .

„Mit dem Ausnahmezustand kann jeder  
Esel regieren.“ Diese Spottrede des berühmten  
italienischen Staatsmannes Camillo Cavour  
haben auf die Regierenden bisher wenig ab-  
schreckend gewirkt, bei uns scheint man sie sogar  
für eine Empfehlung zu halten. Mit dem  
Polizeinüppel, mit Polizeigehehen und mit Ein-  
sperren sucht man uns zu erziehen und  
trachtet, den Staatsbürgern die richtige, „oben“  
gesehene politische Meinung beizubringen.  
Durch Verammelungsauflösungen, Konfiska-  
tionen, Anklagen und Auslieferungen von  
oppositionellen Abgeordneten und Senatoren  
wird für die Erhaltung der öffentlichen Fried-  
hofsruhe gesorgt, unsichtbar, doch fühlbar, trägt  
jeder den polizeilichen Maulkorb mit sich. Die-  
jenigen, die allzu deutlich ihrer Meinung dahin  
Ausdruck geben, daß auch anders, vernünftiger,  
humaner und mit reineren Mitteln regiert wer-  
den kann, werden durch den immer sprunghaf-  
teren Polizeimann eines besseren belehrt. Eine  
ganze Reihe der in den letzten Jahren be-  
schlossenen Gesetze hat an die Stelle der staats-  
bürgerlichen Freiheit einen eigentlich permanenten  
Ausnahmezustand gesetzt. Es soll eine Re-  
form der öffentlichen Verwaltung durchgeführt  
werden, die erste Sorge der Väter der Vorlage  
aber ist, wie man den Untertan noch besser als  
bisher bevormunden, schürzeln und rechtslos  
machen könnte, und wie ein weithin leuchtendes  
Symbol stellt man an die Spitze des Entwurfes  
die erneuerte und verschärfte kaiserliche Polizei-  
verordnung aus dem Jahre 1854, die unter  
dem Namen Prügelpatent in der Geschichte lebt  
und die der herrschende Polizeigeist heute für  
unentbehrlicher als je hält. Die nicht ohne  
Schuld der Regierenden zu ungeahnter Größe  
emporgewachsene kommunistische Bewegung  
empfindet man lästig, aber an den Festsünden,  
durch die sie künstlich gezüchtet wurde, hält man  
fest, dafür schikaniert man ihre Agitatoren und  
begreift nicht, daß man die Partei dadurch mit  
einem sonst unverdienten Nimbus umgibt.  
Skandalaffäre jagt auf Skandalaffäre, aber das  
einzige Mittel, das man dagegen kennt, ist wie-  
der nur ein Draufschmierungsgelei gegen die  
öffentliche Meinung. Nicht die Fäulnisbrecher  
werden beseitigt, man hält es für zweckdien-  
licher, den Polizeimann gegen die Enthüller der  
Skandale zu mobilisieren und benützt gleich die  
Gelegenheit, um ein Brechgesetz zu schaffen, das  
jeden verantwortlichen Redakteur mit einem  
Fuß in den Arrest stellt.

In dieser polizeilichen Atmosphäre muß  
die Vorstellung gedeihen, daß es auch gegen  
soziale Uebel und Gebrechen nur ein Mittel  
gibt: die Polizei. Arbeiter sehnen sich gegen  
ein Unrecht oder gegen den Hunger auf, der  
in dieser Zeit der dauernden Wirtschaftskrise  
im Heim des Arbeiters ein oft gesehener Gast  
ist — flucht in die Staatsgewalt in Gestalt  
von Polizei, Gendarmerie und Militär zur  
Stelle, um die Kränkungen zu unterdrücken,  
dieselbe Staatsgewalt, die vordem keinen Fin-  
ger rührte, um den Ursachen der Empörung zu  
steuern. Wenn nur die äußere Ruhe wieder  
hergestellt ist, die Not, Pein und Entrüstung,  
die sich nicht äußern kann, machen weiter keine  
Sorge. So ist es auch im Uebrigen. Die  
allmächtige Staatsmacht hat bis vor einigen  
Tagen für alle Verzweiflungsrufe der Glas-  
arbeiter taube Ohren gehabt. Die Arbeiter der  
Gablonzer Glasindustrie leiden als Opfer der  
Krise der Weltwirtschaft seit Jahren, ihre Not  
hat gewissenlose Profitgier durch Lohnrückerei  
und Erzeugung billiger Massenartikel, durch  
welche die Qualitätsware verdrängt wird, aus-  
genützt. Alle Mahnungen und Proteste aber  
blieben fruchtlos, die Regierung rührte keinen  
Finger, um der Ausbeutung der Glasarbeiter  
durch Unternehmer und Spekulanten entgegen-  
zutreten und das Verlangen der Arbeiter nach  
Brot und Arbeit zu stillen. Da kam es am  
28. März zu den bekannten Vorfällen. Ver-  
zweifelte, hungernde Arbeiter haben demon-  
striert und hierbei kam es zur Zerstörung von  
Maschinen, in denen die Arbeiter die nahe-  
liegende Ursache ihres Jammers sehen. Men-  
schen können vor Hunger zu Grunde gehen, doch

## Debatte über den Balkankonflikt.

Außenpolitische Aussprache im Außenaustrich. — Scharfer Zusammenstoß  
zwischen Genossen Dr. Czech und dem Außenminister.

Prag, 6. April. Heute fand eine Sitzung des  
Außenaustrichs des Abgeordnetenhauses statt, die  
sich in Anwesenheit des Außenministers Dr. Benes  
sowie von Vertretern des Handelsministeriums zu-  
nächst mit dem Handelsvertrag über die Schweiz  
vom 16. Feber 1927 befaßte. Nach dem Referate  
des Berichterstatters Novak wurde der Handels-  
vertrag ohne Debatte genehmigt.

In weiteren Verlaufe der Sitzung kam es zu  
einem sehr scharfen Konflikt zwischen Genossen  
Dr. Czech und dem Außenminister. Genosse Dr.  
Czech hatte die Anwesenheit des Außenministers  
dazu benützt, um eine Aussprache über die außen-  
politische Lage herbeizuführen. In seinen einleitenden  
Darlegungen führte Genosse Dr. Czech die  
augenblicklich im Vordergrund der internationalen  
Situation stehenden Probleme im einzelnen vor  
und brachte bei dieser Gelegenheit die Frage der  
Kleinen Entente und die Auswirkungen zur  
Sprache, welche der jugoslawisch-italienische Kon-  
flikt, der besarabische Garantievertrag und der  
italienisch-ungarische Freundschaftsvertrag auf das  
Bündnis der Kleinen Entente notwendigerweise  
zur Folge haben müssen.

Der Außenminister reagierte auf die durchaus  
sachlichen Darlegungen des Genossen Dr. Czech in  
einer ganz unverständlichen und unmotivierten Er-  
regung, die sich psychologisch nur aus der mi-  
mosenhaften Empfindlichkeit erklären läßt,  
mit der Benes in der letzten Zeit auf jedes  
Wort der Kritik an der in einen argen Rufstand  
geratene Kleinen Entente zu reagieren pflegt. Aus  
dieser seiner psychologischen Verfassung heraus er-  
blickt der Minister in jedem Worte der Kritik einen  
elementaren Angriff, auf welchen er in seiner  
Nervosität nur mit unbegründeten Ausfällen an-  
worten zu müssen glaubt. Doch auch von diesem  
Gesichtspunkte aus erscheint mit Rücksicht auf die  
durchaus ruhigen und sachlichen Darlegungen des  
Genossen Dr. Czech das Vorgehen des Herrn Mi-  
nisters völlig unverständlich.

Genosse Dr. Czech sah sich genötigt, Form und  
Inhalt der Erklärungen des Ministers mit aller  
Entschiedenheit zurückzuweisen, worauf Benes in  
einer neuerlichen Erklärung einen Rückzug antrat  
und nach langatmigen Darlegungen bedauerte, daß  
seine Erklärungen demart ausgelegt wurden.

Nach Erledigung des Handelsvertrages mit  
der Schweiz, der deatelllos angenommen wurde,  
nahm Genosse Dr. Czech die Gelegenheit wahr,

wenn das heilige Eigentum in Gefahr kommt,  
da tritt die Staatsgewalt sofort auf den Plan.  
Das ganze Glasarbeitergebiet wurde mit Gen-  
darmerie und Militär überschwemmt und nun  
ging es ans Verhaften der „Unstörer“. Wie  
wahlos dabei vorgegangen wurde, zeigt die  
Verhaftung des Mitgliedes des Hilfsausschusses  
Kemper, von dem festgestellt, daß er erst nach der  
Demonstration hinzulam und die Arbeiter zum  
Auseinandergehen aufforderte. Bei den Ver-  
haftungen kam es zu Brutalitäten. Die Frau  
des Kemper, die im achten Monate der Schwang-  
erschaft ist, wurde eine Treppe hinabgeworfen,  
so daß sie wegen innerer Verletzungen Spitals-  
pflege aufsuchen mußte. Welcher Gerechtdenkende  
kann es der Arbeiterschaft verargen, daß sie  
über dieses Vorgehen erbittert war und sich  
zur Entlassung Kempers aus der Haft forderte!  
Da war aber die Behörde sofort zur Hand und  
es genügte die Vorsprache zweier deutscher Re-  
gierungsabgeordneter, um die Gablonzer Be-  
zirkshauptmannschaft zu bestimmen, über das  
Tannwalder Gebiet den Ausnahmezustand zu  
verhängen. Der Karlsbader Bezirkshauptmann  
hat hier seinen Nachahmer gefunden. Den Aus-  
nahmezustand zu verhängen, dazu ist geistlich  
ein Regierungsbeschluss erforderlich, aber auch  
das Gesetz gilt nur solange, als es seinen Gütern  
paßt. Faktisch wird der Ausnahmezustand  
ausgesprochen, aber man nennt es ver-  
schämt „Ausnahmeverfügungen“ und der  
Deckmantel für die ungesetzliche Tat ist ge-  
funden. Wie rasch doch so ein Bezirkshaupt-  
mann zu einer Gesetzesverletzung bereit ist, um  
Unternehmern zu willens zu sein!

Die so rasche und widergesetzliche Ver-

um eine außenpolitische Aussprache herbeizu-  
führen.

### Genosse Dr. Czech

knüpfte an das Erscheinen des Außenministers im  
Auswärtigen Austrich an und verwies darauf, daß  
sich seit der letzten außenpolitischen Debatte

### die internationale Situation außerordentlich verschärft

hatte. Wir sehen drohende Wolken am Horizont und  
kann man unter Umständen schon in nächster Zeit vor  
erstaunlichen Ereignissen gestellt werden. Sehr bedroh-  
lich seien gerade in diesem Augenblicke die Verhält-  
nisse im fernen Osten, wo sich infolge des Ueber-  
falls der kapitalistischen Mächte auf

### China

und des Eingreifens der Mächte in den chinesischen  
Bürgerkrieg eine ernste kriegerische Auseinander-  
setzung vorbereite, die auf den europäischen Frieden  
erstaunliche Auswirkungen haben müsse. Besondere Bedeu-  
tung kommt aber den Verhältnissen auf dem euro-  
päischen Kontinent zu. Hier verweist Redner auf den

### Kampf um die Adria,

der zwischen Italien und Jugoslawien ausgefochten  
wird, und auf das Ringen um das Mittelmeer, das  
sich zwischen Italien und Frankreich abspielt. Parallel  
läuft auch der

### Kampf um die Hegemonie am Balkan,

wo der jüngste italienisch-jugoslawische Konflikt in-  
folge der Aggressivität des italienischen Faschismus, der  
heute der Brennpunkt der europäischen Kriegsgefahr  
ist, beinahe zu einem kriegerischen Zusammenstoß  
geführt hätte. Wohl sind heute Kräfte am Werke,  
um den Konflikt gütlich zu beilegen, doch ist  
damit die Gefahr noch nicht endgültig gebannt, da  
noch immer

### Albanien als Brandherd

und der Tirano-Vertrag als Konfliktstoff bestehen  
bleibe und schon der geringfügigste Bandwurmfall  
einen Zusammenstoß mit unaussprechlichen Konse-  
quenzen herbeiführen könne. Genosse Dr. Czech hält  
die Stellungnahme zum Balkanproblem und zu all  
den vorher aufgeworfenen Fragen für um so not-  
wendiger, als sie mit zwei bedeutsamen Fragen zu-  
sammenhängen, mit der des Völkerbundes und der  
der Kleinen Entente.

### Der Völkerbund

habe in diesem Falle, ebenso wie in dem seinerzeit  
griechisch-italienischen Konflikt, völlig versagt. Nach  
den Völkerbundsatungen wäre es Aufgabe des Völ-

kerbundes gewesen, in den Konflikt einzu-  
greifen, und die Pflicht der beteiligten Staa-  
ten, ihn anzurufen. Doch ebenso wie im Korfu-  
Streite hat sich Italien, das bekanntlich eines der  
gründenden Mitglieder des Völkerbundes ist, auch im  
jugoslawischen Konflikt einfach über den Völker-  
bund hinweggesetzt und sein Eingreifen rundweg ab-  
gelehrt. Wir haben, führt Redner aus, niemals  
übermäßige Hoffnungen an die Wirksamkeit des  
Völkerbundes geknüpft, da er in seiner heutigen  
Zusammensetzung ein Instrument der kapitalistischen  
Mächte ist; trotzdem sind wir der Meinung, daß  
ein Versuch zur Beilegung des italienisch-jugoslawi-  
schen Konfliktes durch den Völkerbund hätte un-  
bedingt unternommen werden sollen.  
Die zweite im Vordergrund stehende Frage  
beruht, wie der Redner näher ausführt,  
die Kleine Entente,  
die durch gewisse in der letzten Zeit eingetretene  
Ereignisse in starkem Maße mitbetroffen wurde.  
Das gilt vor allem vom  
besarabischen Garantievertrag,  
der mit Rücksicht auf den Umstand, als Rumänien  
der schwächste Punkt der Kleinen Entente ist, nicht  
ohne Auswirkungen auf dieses Bündnis bleiben  
kann. Das gilt aber auch nicht minder von dem  
jüngst abgeschlossenen  
italienisch-ungarischen Freundschaftsvertrag  
und den anderen gleichzeitig zustande gekommenen  
römischen Verträgen, die nach den ausgegebenen  
Kommuniqués auch innere Angelegenheiten Un-  
garns betreffen und mit Rücksicht darauf, daß  
Korfu-Ungarn heute eine der größten Gefahren für  
den europäischen Frieden sei, einer besonderen Auf-  
merksamkeit und Zollungnahme der Kleinen Entente  
und der Tschechoslowakei bedürfen.  
In diesem Zusammenhange wäre auch eine  
Klärung der ungarischen Abrüstungsfrage  
erforderlich.  
Seit Jahren sind bereits Bemühungen um die Auf-  
hebung der ungarischen Militärkontrollen im Gange.  
Nach den Zeitungsmitteilungen hat die Tschechoslowakei  
unter Anführung einer ganzen Reihe von Verfeh-  
lungen die weitere Aufrechterhaltung der Militär-  
kontrollen verlangt. Trotzdem hat der Völkshaupt-  
mann die Aufhebung der Kontrolle und den Ersatz durch  
die Kontrolle des Völkerbundes mit der Wirksam-  
keit vom 15. Mai beschlossen, wobei Ungarn gegen-  
über ein Wohlwollen betätigt wurde, das sich sehr  
wesentlich von dem in der gleichen Sache Deutsch-  
land gegenüber beobachteten Vorgehen unterscheidet.  
Eine Klärung des Verlaufes der diesbezüglich  
vom Völkshauptmann gepflogenen Verhandlungen wäre  
um so notwendiger, als die Nachprüfung der Ent-  
scheidung des Völkshauptmannes in der Juni-Tagung  
des Völkerbundes stattfinden soll.  
Wünschenswert erscheint auch ein Bericht des  
Außenministers über die Verhandlungen der vom  
Völkerbunde eingesetzten  
Abrüstungskommission.  
Wenn auch diesen Verhandlungen gegenüber die  
größte Skepsis am Platze sei, so interessieren trotz-  
dem der Verlauf der diesbezüglichen Beratungen und  
das Schicksal des von Amerika gestellten Antrages  
auf Verbeugung einer internationalen Verhand-  
lung über die Abrüstung.  
Schließlich ermahnt der Redner im Hinblick auf  
den vom Abgeordneten Novak zum tschechisch-  
italienischen Handelsvertrag erstatteten Bericht über  
den Stand der  
Vertragsverhandlungen mit Oesterreich  
um Aufklärungen über die zwischen der Tschecho-  
slowakei und Oesterreich schwebenden Verhandlungen,  
die nach den Mitternachtsmeldungen ins Stocken ge-  
raten sein sollen und nach den ausgegebenen offiziellen  
Kommuniqués möglicherweise zu einem Abbruch  
führen können.  
Achtlich (Stomm.) verlange zu wissen, ob die  
Regierung bereit sei, die tschechische Regierung  
anzuerkennen, und wie es mit der Anknüpfung  
diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion  
stehe.  
Außenminister Dr. Benes  
erklärte in einem gereizten Ton, daß Dr. Czech eine  
Reihe von Fragen berührt habe, auf die er schon  
in seinem letzten Expose die Antwort erteilt habe.  
Die internationale Situation hat sich nach Ansicht  
des Ministers in den letzten vierzehn Tagen sogar  
gebessert, weil zwischen Italien und Jugosla-  
wien bereits praktisch verhandelt werde und man  
hoffen könne, in einigen Wochen konkrete Erfolge  
zu verzeichnen. Das suchte Benes die Ausführun-  
gen des Genossen Dr. Czech über den Völkerbund  
in einem Gegenatz zu der Auffassung zu bringen,  
der bei einer Reihe sozialistischer Führer in England  
und Frankreich diesbezüglich herrsche, welche die

Tätigkeit des Völkerbundes anders zu würdigen wünsch. Bened vertritt die Ansicht, daß der Völkerbund nicht verpflichtet gewesen sei, in den Balkanostreit einzugreifen; bei der Erhaltung des Friedens müsse man in der Wahl des Weges Freiheit haben und nicht einen Weg wählen, der eine noch größere Spannung hervorrufen könnte. In diesem Konflikt sei schon eine gewisse Beruhigung eingetreten und man beginne schon über das Kernproblem, die albanische Frage überhaupt, zu verhandeln. Auch hier mahnt Bened zur Geduld.

Bezüglich des ungarisch-italienischen Vertrages erklärt es der Minister für ganz natürlich, daß Ungarn in der internationalen Politik wieder eine Rolle spielen wolle und irgendwo Ausschlag suche. Gegen die Tschechoslowakei und Jugoslawien sei dieser Vertrag nicht gerichtet und die Tschechoslowakei brauche keine Befürchtungen zu hegen, da sie — außer des ungelärten Verhältnisses zu Rußland — alle Fragen der internationalen Politik zeitgerecht gelöst habe. In der Abrüstungsfrage dürfe man Ungarn keine ungerechtfertigten Schwierigkeiten machen, da dies dann so ausgelegt werden würde, daß wir mit Ungarn zu keinem guten und vernünftigen Verhältnis kommen wollen.

Genosse Dr. Czoch

weist Form und Inhalt der vom Außenminister erteilten Antwort auf das entscheidende zurück. Die Nervosität des Außenministers sei unverständlich und zu einer derartig erregten Stellungnahme liege kein Anlaß vor. Ganz unzulässig aber sei, daß der Außenminister in seiner Antwort zwischen Regierungspartei und Opposition Unterschiebe mache. Unzutreffend seien die Darlegungen des Ministers über die Stellung der sogenannten 2 Internationalen zum Völkerbund. Wiederholt habe die Internationale, der der Redner als Exekutivmitglied angehört, zum Völkerbund Stellung genommen, ihn in seiner heutigen Zusammensetzung für reformbedürftig bezeichnet und seine Reorganisierung und Demokratisierung verlangt, ohne die er ein Machtinstrument der imperialistischen Mächte bleiben müsse. Trotz alledem habe sich die Internationale für die Mitarbeit im Völkerbund ausgesprochen, welchen Standpunkt auch der Redner durchaus teile.

Die Internationale habe erst vor einigen Tagen zum jugoslawisch-italienischen Konflikt Stellung genommen und dabei einen von dem des Außenministers abweichenden Standpunkt vertreten. Sie habe mit aller Entschiedenheit das Einschreiten des Völkerbundes verlangt

und alle ihr angeschlossenen Parteien aufgefordert, in diesem Sinne auf die Regierungen ihrer Länder einzuwirken.

Gegenüber dem Minister erklärt Genosse Dr. Czoch, müsse er nach wie vor den Standpunkt vertreten, daß es eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes sei, in Konfliktfällen einzugreifen, welche sich aus den Völkerbundstatuten, die der Redner zitiert, klar und unzweifelhaft ergebe:

Wenn der Außenminister diese Aufgabe des Völkerbundes negiere, dann bleibe vom Völkerbund nichts mehr übrig.

Unverständlich sei auch die Behauptung des Außenministers, im jugoslawisch-italienischen Streitfälle fänden wir heute vor einer günstigeren Situation als im Zeitpunkt des von ihm erstatteten letzten außenpolitischen Exposes; die italienische Note habe ja beinahe zu einem Kriegsfalle geführt, der ganze Apparat des englischen und französischen Außenministeriums müßte in Bewegung gesetzt werden, die große europäische Öffentlichkeit würde wochenlang wegen des Konfliktes in Atem gehalten. Der beharrliche Garantievertrag, der italienisch-ungarische Freundschaftsvertrag und der Besuch Pichens in Rom haben

Die außenpolitische Spannung nur noch gesteigert

und nun behauptet der Herr Außenminister, daß die außenpolitische Situation sogar noch günstiger sei als im Zeitpunkt des letzten Exposes, in dem lediglich der italienisch-albanische Bündnisvertrag von Tirana vorlag.

Eine derartige Stellungnahme muß bestreulich wirken und einen peinlichen Eindruck hinterlassen.

Aus allen diesen Gründen müsse der Redner feststellen, daß die Darlegungen des Herrn Außenministers keine Partei nicht zu befriedigen vermögen. Genosse Dr. Czoch erklärte zum Schluß neuerlich, daß die Stellungnahme des Außenministers bedauerlich sei,

Die Militärvorlagen im Senat.

Scharfe Stellungnahme des Genossen Joff und Stark.

Prag, 6. April. Der Senat nahm in seiner heutigen Sitzung zunächst nach einem ausführlichen Schlußwort des Berichterstatters Dr. Pavella, der mit dem humoristischen Wunsche schloß, eine lebendige und eifrige Bewegung möge auch eine lebendige, eifrige und glückliche Heiratsbewegung auslösen, die Vorlage über die Vauförderung unverändert in der Fassung des Abgeordnetenhauses an. Sämtliche Anträge der Minderheiten wurden abgelehnt.

Darauf lieferte das Haus über Ansuchen des Kriegesgerichtes in Jpslan den Senator Böckliska (Komun.) aus, weil er verdächtig erscheint, in die „Hochverratsaffäre“ einiger Jpslauer Soldaten verwickelt zu sein. Böckliska hatte um die Auslieferung selbst gebeten.

Sodann kommen die fünf Wehrvorlagen (Militärstrafrecht, Dienstzeitverlängerung, Präsenzstand, Wahlrecht und Zensurstrafengesetz) zur Verhandlung, über die die Debatte gemeinsam abgeführt wird. Die Referate der Berichterstatter nehmen geraume Zeit in Anspruch, worauf als erster Debatteredner

Genosse Joff

das Wort ergreift, um in einer mehr als einstündigen eindrucksvollen Rede die Vorlagen der Reihe nach einer eingehenden, vernichtenden Kritik zu unterziehen und namentlich den Anteil der deutschen Regierungsparteien an diesen Mißstandsvorlagen gebührend hervorzuheben. Er schloß mit einem Appell an die Mehrheitsparteien, zur Vernunft zurückzukehren, da sie sonst einer Katastrophe entgegen gingen. — Wir werden auf diese Rede noch ausführlicher zurückkommen.

Genosse Stark

gab zunächst über die Vorfälle im Herzogebirge folgende Erklärung ab:

Bevor ich auf den Gegenstand, der uns heute beschäftigt, eingehe, muß ich ein paar Worte über die Vorgänge im Tannwalder Industriegebiete sagen. Die Glasindustrie leidet seit Jahren unter ständiger Arbeitslosigkeit; Glend und Rot haufen in den Wohnungen der Glasarbeiter. Nun hat die dortige Industrie Arbeitsmethoden eingeführt, welche neuerlich einer großen Anzahl von Arbeitern die Beschäftigung und damit das Brot rauben.

Die verzweifeltsten Arbeiter wehren sich gegen dieses neuerliche Attentat auf ihren Lebensunterhalt. Ohne daß sie bisher die Grenzen des Gesetzes überschritten hätten, hat die Politische Bezirksverwaltung in Gablou, welche offenbar nur eine Filiale des Industriellenverbandes ist, Hunderte Gewerksamer ins Gebiet gebracht, Ausnahmeverfügungen getroffen, mit dem Standrecht gedroht und Verhaftungen vorgenommen, welche nicht ohne die üblichen Rohheitsakte seitens der Polizeiorgane abgingen.

und wünscht, daß in den Methoden desselben der Opposition gegenüber eine Änderung Platzgreife.

Dr. Bened ergriff hierauf nochmals das Wort und erklärte, er bedauere, daß Dr. Czoch seine Erklärung so aufgefaßt habe, wie dies aus seiner Replik hervorgegangen sei. Er habe nie die Absichten gehabt, die ihm Dr. Czoch imputiert habe, und sei weit entfernt, in seinen Erörterungen Unterschiede zwischen der Opposition und den Regierungsparteien zu machen.

Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

Zu all diesen Maßnahmen lag nicht der geringste Grund vor; sie sind ein Ausfluß des herrschenden reaktionären kapitalistischen Systems. Für diese Vorgänge machen wir die Regierung verantwortlich und erklären von dieser Stelle aus, daß wir mit allen unseren Sympathien auf Seite der unterdrückten Arbeiter stehen; wir verlangen, daß die Verfügungen sofort rückgängig gemacht, die Verhaftungen freigelassen und die durchaus berechtigten Forderungen der Glasarbeiter erfüllt werden.

Dann wendete sich Genosse Stark vornehmlich der Vorlage über die Aufhebung des Soldatenwahlrechtes zu und erklärte, daß durch sie ein beträchtlicher Teil des einstmal auch von der tschechischen Bourgeoisie gerühmten Gebäudes der Demokratie und Freiheit mit eisener Hand zerstört werde. Nicht wenige von den anwesenden Senatoren haben einst das Soldatenwahlrecht als ein Brunnstüd der großen politischen Errungenschaft der Revolution hingestellt.

Heute können sie infolge der Zerrissenheit des Proletariates in diesem Staate ihre bisher zur Schau getragene demokratische Maske fallen und dank der treulichen Mithilfe einiger deutschbürgerlicher Parteien ihren reaktionären Bestrebungen vollständig freien Lauf lassen.

Die Vorlage ist nichts anderes als ein brutaler Raub und ein offener Bruch der Verfassung.

Alle Argumente, die zur Verteidigung des Wahlrechts angeführt werden, dienen nur Verschleiernsworten gegenüber der Wählerschaft.

Gegenwärtig steht wiederum an der Spitze der Armee General Sproy, der noch die Zeit miterlebte, in der Soldat und Offizier einander „Du“ sagten. Heute werden die Soldaten bereits wieder mit ganz anderen, ganz und gar nicht mehr demokratisch klingenden Ausdrücken belegt. Wir haben uns also auch auf diesem Gebiete vollständig enttörret. Wir werden die Herren Generale die Soldaten, die zum Großteil sozialistisch geküßt haben, zur Wahl ihrer Kandidatenlisten kommandieren können, dann würde man das Soldatenwahlrecht unangefastet lassen.

Was sagen nun zu all dem die im Regierungslarren eingespannten deutschbürgerlichen Parteien?

Auch sie werden die reaktionären Bestrebungen ohne jeden Gewissenszwang fördern helfen. Im Argumente der Rechtfertigung gegenüber ihrer Wählerschaft werden die Herrn ebenso wenig verlegen sein als ihre tschechischen Mehrheitskollegen.

Man wird eben diesen Wahlrechtsraub als einen „nationalen Erfolg“ hinstellen, der natürlich nur von politischem Analphabeten als solcher angesehen werden kann.

Wir wollen gewiß nicht leugnen, daß mit dem Wahlrecht der Soldaten schwerer Mißbrauch verübt wurde; daß unsere Partei immer gegen derartige Mißbräuche energisch eingeschritten ist, ist jedermann bekannt. Um solche Mißbräuche aus der Welt schaffen zu können, ist es aber durchaus nicht notwendig, den

Soldaten das Wahlrecht zu rauben, sondern es genügt, einfach jene Bestimmung der Gemeindevahlordnung vom Jahre 1919 in Kraft zu setzen, worauf die Soldaten dort zu wählen haben, wo sie drei Monate vor ihrer Einrückung seßhaft waren. Damit würde der Soldatenwähler in seiner Heimat sein Wahlrecht ausüben können.

Es ist nicht nur ein schweres Unrecht, durch dieses neuzuschaffende Gesetz viele Zehntausende vom Wahlrechte auszuschließen, sondern auch

eine Verhöhnung der Demokratie.

Die Mehrheitsparteien beweisen durch ihre Handlungsweise erneut, daß sie nicht gewillt sind, die von ihnen selbst beschlossene Verfassung zu respektieren.

Die arbeitende Bevölkerung in diesem Staate weiß heute bereits, wessen sie sich vorzuziehen hat. Die Arbeiterschaft in diesem Staate wird sich für die zu führenden Kämpfe zu rüsten wissen. Es ist selbstverständlich, daß wir gegen diese Vorlage, die nicht nur einen sribolen Verfassungsbruch, sondern auch einen noch nie dagewesenen Wahlrechtsraub darstellt, klumen werden. (Beifall.)

Gegen 8 Uhr abends wurde die Debatte, in der noch einige Redner sprachen, abgebrochen und auf Donnerstag 10 Uhr vormittag vertagt.

Im Wehrausschusse des Senates wurde die Ersparungs-Vorlage behandelt. Minister Udrzal gab die Erklärung ab, daß im Tannwalder Gebiet entgegen einigen Zeitungsmeldungen kein Militär herangezogen werde, und daß die Regierung an ähnliche Vorkehrungen auch nicht denke. Es seien weder am Orte selbst noch in der Umgebung militärische Garnisonen; die nächste Garnison sei 22 Kilometer von Tannwald entfernt und man habe dort gar keine außergewöhnlichen Vorkehrungen getroffen.

Im volkswirtschaftlichen Ausschusse des Senates wurde der Handelsvertrag mit der Schweiz in Beratung gezogen. Die Deutschbürgerlichen schloßen bei der Sitzung überhaupt; von den übrigen Parteien nahm kein einziger Vertreter zu dieser volkswirtschaftlich enorm wichtigen Vorlage Stellung und selbst der Berichterstatter wußte kein Wort über die Tendenz unserer Handelsverträge überhaupt vorzubringen. Genosse Polach unterzog den Vertrag einer sachlichen Kritik. Selbst vom Standpunkt derer, die sich durch das Scheinargument der aktiven Handelsbilanz täuschen lassen, ist die Verschlechterung dieser Bilanz kennzeichnend. Von der Exportziffer von 558 Millionen entfällt fast die Hälfte auf Zucker, also auf dasjenige Produkt, das den Dumpingcharakter unserer Handelspolitik kennzeichnet. Auch in der Schweiz ist der Preis unseres Zuckers wesentlich niedriger als bei uns selbst! Im Zusammenhang damit besprach Genosse Polach dann überhaupt den trostlosen Stand unserer Handelspolitik. Was die Vertreter des Handels- und des Außenministeriums darauf zu sagen hatten, war über alle Maßen armfelig und dürftig.

Der verfassungsrechtliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich gestern mit der Regierungsvorlage über die unlauiere Konkurrenz. Es wurde die Generaldebatte über die Vorlage abgeführt und sodann in der Spezialdebatte die ersten 24 Paragraphen erledigt. In die Debatte griff wiederholt Genosse Bohl ein, der den Standpunkt unserer Fraktion nachdrücklich vertrat. Unsere Forderungen bewegen sich vor allem in der Richtung, daß die Vorlage zu einem Gesetze zum Schutz der Verbraucher ausgestaltet werden soll und daß vor allem die mögliche Verfolgung von Angeklagten wegen Vergehen gegen das Gesetz entfallen soll. — Die Debatte wird heute Donnerstag fortgesetzt werden.

Die grinfende Frage.

Roman von Victor Hugo.

23 Aus dem Französischen übersetzt von Eva Schumann.

Man sieht hier auch die Schönen selbst durften ungestraft sein, ohne Mißfallen zu erregen; Anna Boleyn hatte sechs Finger an der Hand und einen Leberzahn, und ihre eine Brust war größer als die andre. Die Kavaliere war frummbeinig. Das hinderte weder Heinrich VIII., sinnlos verliebt zu sein, noch Ludwig XIV., sich hingerissen zu fühlen.

Auf moralischem Gebiet gab es ähnliche Verirrungen. Vernah; jede Frau aus den höheren Ständen war irgendwie pervers. Am Tag waren sie Frauen, nachts bluttrinkende Gespenster; sie gingen auf den Nachplatz und läßt die frisch abgeschlagenen Köpfe auf den eisernen Pfählen. Marguerite de Valois, eine Vorläuferin dieser verschrobene Frauen, hatt alle die Herzen ihrer toten Liebhaber in wohlverschlossenen Blechkapseln an ihrem Unterleibe festgenäht.

Ihrem ganzen Wesen nach neigte Josiane mehr dazu, sich ihrem Geliebten hinzugeben als ihrem Ehemann. Das Mädchen konn frei über sich verfügen, die Frau ist ihrem Mann unterworfen — so will es alter englischer Brauch. Josiane schob die Stunde der Unterwerfung möglichst weit hinaus. Daß sie schließlich Lord David heiraten mußte, weil der Wille des Königs es forderte, war unzweifelhaft eine Notwendigkeit — aber es war schade! Josiane nahm Lord Davids Werbung an und wies ihn gleichzeitig ab. Es war zwischen ihnen ein stillschweigendes Uebereinkommen, sich nicht zu entschließen und doch nicht zu brechen. Sie spielten miteinander. Lord David reiste heran. Bierzig Jahre ist

ein schönes Alter. Er bemerkte es nicht. Und tatsächlich sah er noch immer wie dreißig aus. Er fand es angenehmer, Josiane zu begheben, als sie zu besitzen. Er besah ja andre; er hatte Frauen. Josiane aber hielt sich an Träumen schadlos.

Die Träume waren das Schlimmere. Josiane langweilte sich — das ist selbstverständlich.

Lord David Dirty-Moir nahm im frühlichen Londoner Gesellschaftstreiben eine entscheidende Stellung ein. Hoher und niederer Adel blidten voller Verehrung zu ihm auf.

Kein Klub, in dem er nicht führend war, kein Boxkampf, wo man ihn nicht als Schiedsrichter beghebt hätte.

Er hatte die Statuten mehrerer Klubs des Highlife aufgestellt, er hatte mehrere elegante Zirkel begründet, von denen einer, Lady Guinea, noch im Jahre 1772 in Pall Mall bestand. Lady Guinea war ein Klub, wo die jungen Lords in Massen verkehrten; es wurde gespielt. Der geringste Einfluß war eine Rolle von fünfzig Guineen, und es lagen nie weniger als zwanzigtausend Guineen auf dem Tisch.

Lord David war Mitglied des Bessienklubs, er gehörte zum Klub der Griesgrämigen, zum Klub der Feinwischler, zum „gelegelten Knoten“ (das war der Klub der Königstreuen) und zum „Marinus Scribblers“, einem Klub, der von Swift gegründet war an Stelle der Miltonschen „Moa“.

Auf die republikanischen Klubs waren die monarchistischen Klubs gefolgt. Man belustigte sich auf seine Art.

Es gab einen sogenannten Thromps-Klub. Auf der Straße wurde eine Frau aufgegriffen, eine Vorübergehende, ein Bürgermädchen, so jung und hübsch wie möglich; mit Gewalt wurde sie in den Klub geführt, und da mußte sie auf den Händen laufen, die Beine in der Luft, das Gesicht

von den zurückfallenden Köden verdeckt. War sie widerspenstig, so gab es etwas mit der Reittpeitsche auf das, was nicht mehr verhillt war. Es war ihre eigene Schuld. Die Vereiter bei dieser Art Reikunst hießen „Die Springer“.

Es gab den „Klub der heißen Blüte“. Dort ließ man sich von Negern und Weissen peruanische Tänze vortanzen, vor allem die Wogamale, „schlechtes Mädchen“, dessen Höhepunkt darin besteht, daß die Tänzerin sich auf einen Kleinhäufen setzt und dort einen kollektivistischen Eindruck hinterläßt. Man ließ einen Bers des Lukrez als Schauspiel darstellen: Tine Venus in silbis jungelbat corpora amantum.“

Es gab den „Höllentklub“, wo man sich mit Ruchlosigkeiten die Zeit vertrieb. Da konnte man sich durch die ärgsten Blasphemien die Hölle erlaufen.

Es gab den „Kopfstoß-Klub“, so genannt, weil da Leute mit dem Kopf gestogen wurden. Jrgendein Kostträger mit breiter Brust und dummem Gesicht wurde aufgegriffen und eingeladen (oder im Notfall gezwungen), gegen einen Topf Porier Eier sich vier Kopfstöße vor die Brust geben zu lassen. Und darauf wurde gewettet. Einmal war ein riesiger Keel, ein Wallise namens Gogangerdd, beim dritten Stoß verendet. Das schien ernst zu werden. Es kam zu einer Untersuchung, und die Richter fällten das Urteil: „Gestorben an Herzschwellung infolge übermäßigen Genusses von Getränken.“ Gogangerdd hatte in der Tat den Topf Porier getrunken.

Es gab den „Fun-Klub“. Das Wort „Fun“ läßt sich nicht übersetzen. „Fun“ verhält sich zu „Schabernack“ wie spanischer Pfeffer zu Salz. In ein Haus eindringen, einen kostbaren Spiegel zerbrechen, die Familienbibel zer schneiden, den Hund vergiften, eine Kacke ins Vogelbauer setzen

\*) Dann vereinigte Venus in den Wäldern die Körper der Liebenden.

— das alles ist „fun“. Eine falsche Todesnachricht bringen, damit die Leute ohne Grund Trauer anlegen, das ist ebenfalls fun.

Die Mitglieder des Fun-Klubs, alles Angehörige des hohen Adels, trieben sich nachts, wenn die Bürger schliefen, in London herum und rissen die Angeln der Fensterläden aus, durchschnitten Puppenrohre, machten Schilder los, plünderten Gärten, löschten Laternen aus, durchwagten die Stühpfallen der Häuser, zerbrachen Fensterscheiben, besonders in den Armenvierteln hausten sie. Die Reichen taten das den Armen an. Deswegen war jede Klage ausgeschlossen. Und übrigens war das nur Spaß. Diese Sitten sind noch nicht ganz verschwunden. In verschiedenen Gegenden Englands, in Guernsey zum Beispiel, wird einem ab und zu nachts das Haus verwüstet oder ein Zaun umgerissen oder der Klopfer von der Tür geholt. Töten das Arme, so würde man sie ins Juchthaus stecken; aber das tun liebenswürdige junge Leute.

Der vornehmste Klub hatte einen Kaiser als Präsidenten, der einen Halbmond auf der Stirn trug und „der große Mohod“ genannt wurde. Der Mohod trieb es noch ärger als der Fun. Das Böse um des Bösen willen tun — das war sein Programm. Jedes Mitglied des Mohod-Klubs mußte irgendein besonderes Talent besitzen. Einer war „Tanzmeister“, das heißt, er ließ die Bürgerlärmel Sprünge machen, indem er ihnen die Waden mit dem Degen spickte. Andre verstanden es, jemand „zum Schwitzen zu bringen“; Da bildeten sechs oder acht Edelleute, das Napier in der Hand, einen Kreis um einen Bettler; es ließ sich nicht vermeiden, daß der Bettler einem der Herren den Rücken wandte, denn sie umgaben ihn von allen Seiten. Der Edelmann, dem er den Rücken zeigte, bestrafte ihn durch einen Stoß mit dem Degen.

(Fortsetzung folgt.)

Der vierte Räuber agnosziert.

Bregburg, 6. April. Die Detektive Klinger und Lichtenfeld, die sich nach Bielska bei Buchow begeben hatten, um die Identität des erschossenen Raubmörders von Wella Witsa festzustellen, erkannten in dem Toten den 27jährigen verheirateten Kutscher Rudolf Andraffi, der mit seiner Familie in Engerau bei Bregburg wohnt.

Bei dem Toten wurde eine halbe Zigarette gefunden, die er sich aus dem Mund genommen und wo er eine Zehnmarkennote verwendet hatte. Dies deutet darauf hin, daß er ständig verfolgt wurde und keine Gelegenheit hatte, sich Rauchwaren zu besorgen. Auf die Spur des Mörders kam der Bürgermeister von Bielska, Swank, der dem im Haus versteckten Mörder auf den Fuß trat, worauf dieser schreien die Flucht ergriff. Der Bürgermeister verständigte sofort die Gendarmen, welche Andraffi verfolgten und sich seiner nach einer Schießerei bemächtigten.

Wie aktivistische „Erfolge“ entstehen.

Die Abgeordneten Böhm und Krumpke schmückten sich mit fremden Federn.

In der agrarischen Presse, der „Deutschen Landpost“, „Deutschen Landheim“ usw. wie auch in den christlichsozialen Blättern usw. wurde vorige Woche in großer Aufmachung der stauenden Leserschaft verkündet, daß Abgeordneter Böhm im Verein mit dem Abgeordneten Krumpke nach hartem Kampfe einen großen Erfolg errungen hätten.

Nach langwierigen Verhandlungen sei es gelungen, vom Eisenbahnminister Rajman endlich die Zusage für die Verlängerung der Auffüßer elektrischen Kleinbahn bis nach Marbitz zu erlangen. An diesen „Riefenerfolg“ der beiden Herren Abgeordneten wurde die alberne Bemerkung geknüpft, das ganze sei ein schlagender Beweis dafür, daß die deutschen Regierungsparteien fleißig arbeiten, während die gesamte Opposition maule und kritisiere.

Diese Anrempelung der Opposition war um so unverfälschter, als die ganze schwere Arbeit der beiden Regierungsabgeordneten, von der geschrieben wurde, in Wirklichkeit gar nicht geleistet wurde. Wahr ist, daß die Verhandlungen über die Angelegenheit mit dem Eisenbahnministerium schwierig waren, nur hatten Böhm und Krumpke damit nicht das mindeste zu tun. Ueber Ersuchen des Auffüßer Bürgermeisters Schöppe und des Genossen Pöhl als Vizebürgermeister sprach Abg. Gen. Grünzner bereits im Dezember 1925 mit einer Abordnung aus Auffüß im Eisenbahnministerium vor. Tassels machte die Einwendung, daß der Ausfall an Einnahmen für die Staatsbahnen infolge Verlängerung der elektrischen Straßenbahn bis Auffüß 300.000 K betragen würde. Es wurde damals vereinbart, eine neuerliche Eingabe an das Ministerium zu verfassen. Wiederum wurde Gen. Grünzner, der in Auffüß wohnt, vom Bürgermeister Schöppe ersucht, sich der Sache weiter anzunehmen. Er verhandelte wiederholt mit dem Eisenbahnminister Rajman, der schließlich ganz dezidiert erklärte, die Sache werde gemacht, die Bewilligung werde erfolgen. Minister Rajman meinte, „wir werden noch mit dem Minister Spina sprechen“. Wenn dies geschehen sei, wäre eigentlich eine weitere Vorsprache überflüssig. Weil die Aussprache mit Minister Spina nicht zustande kam, sollte am 4. April unter der neuerlichen Führung Grünzners eine Deputation der Stadtgemeinde Auffüß im Eisenbahnministerium erfolgen.

Wie man sieht, hatte bisher Gen. Grünzner ausschließlich die Vorarbeiten zugunsten der Stadtgemeinde Auffüß geleistet. Er ließ den Herrn Bürgermeister Schöppe von der neuerlichen Vorsprache durch Gen. Schiller verständigen. Nun setzte plötzlich die „Arbeit“ der Herren Böhm und Krumpke ein, die mit der Sache vorher niemals etwas zu tun hatten. Herr Bürgermeister Schöppe erhielt von beiden plötzlich ein Telegramm mit der Aufforderung, rasch zu einer Vorsprache nach Prag zu kommen. Merkwürdigerweise folgte Bürgermeister Schöppe ohne weiteres dem „ehrenvollen Rufe“. Das übrige ist bekannt: großer Erfolg der beiden aktivistischen Abgeordneten!

Die unverfälschte, dabei ispelhaft-plumpe Aufmachung dieses „Erfolges“ veranlaßte Gen. Grünzner, dem Eisenbahnminister Rajman zweimal in Gegenwart von Zeugen, und zwar der Genossen Schwob, Kofosty und Sogel, weiters der Abg. Schweichhart und Kirpal, um Auskunft zu ersuchen, wie die beiden Herren Kollegen Böhm und Krumpke sich Vorbeerdänge für Arbeiten wunden könnten, die sie gar nicht geleistet hätten. Herr Minister Rajman in bestätigte ohne weiteres, daß Gen. Grünzner viermal mit ihm über die ganze Angelegenheit verhandelt habe und er betont habe, die Sache sei geregelt. Im Verlaufe der Aussprache meinte der Minister in bezug auf die „Leistungen“ der Herren Böhm und Krumpke, das wäre eine Konzeption an die Minister Spina und Mahr-Sarting!

Bei Lichte betrachtet, besteht also der „Riefenerfolg“ der Herren Böhm und Krumpke darin, daß sie schnell vorgeschoben wurden, um der Opposition ein Schnippen zu schlagen und draußen der stauenden Wählerschaft zu zeigen, welche „gewaltigen“ Einfluß die aktivistischen Parteien haben: sie brauchen nur hinzugehen und alles ist erreicht!

Wirklich traurig, daß die Regierungsparteien zu solchen schabigen Mitteln greifen müssen, um ihren Anhängern Erfolge — vorzutäuschen. Weit werden sie mit diesen Schwindereien nicht kommen!

Die „Bodenreform“ des Aktivismus.

Knödel für die Parteigänger. — Neues Unrecht gegen die kleinen Bewerber. — Abgeordneter Wagner als Zuteilungskommissär.

Manche Wähler wissen noch immer nicht, was das Fremdwort „Aktivismus“ bedeutet. Und doch wird der Begriff so einfach durch die Tatsachen erklärt. Aktivismus — das ist das Bestreben der deutschen Volksparteien noch brutaler und rücksichtsloser gegen die arbeitenden Volksgenossen vorzugehen, als die österreichischen Koalitionsregierungen. Aktivismus — das ist eine Politik des reinen agrarisch-bürgerlichen Klassenegoismus. Wer das bisher noch nicht gewußt hat, kann es aus dem Verhalten der Landbündler in der Frage der Bodenreform lernen. Diese Partei, die jahrelang gegen die Willkür des Bodenamtes, gegen das ungerechte parteiische Durchführungssystem lärmend protestiert hat, dieselbe Partei des Bundes der Landwirte nützt nun ihren großen Einfluß als Regierungspartei aus, um das Unrecht, die Willkür und die Parteistecherei der Bodenreform auf die Spitze zu treiben.

Wir konnten vor einigen Tagen erst in einem Berichte aus dem Boderjamer Bezirke nachweisen, wie dort die „Wiedergutmachung“ des Herrn Herhut durch unverschämte Veräußerung der Kleinbauern und Häusler vollzogen wird. Nun geht uns aus Südmähren ein ähnlicher Bericht zu, wo der landbündlerische Abgeordnete Wagner die Heiserarbeit gegen die Ansprüche der kleinen Bodenbewerber übernommen hat. Was sich dieser ehemalige deutschradikale Lehrer dort geleistet hat, übertrifft an größenwahmünger Annahme die Taten der schlimmsten nationaldemokratischen Tschetscheringkapitel in der Umsturzeit. Lassen wir unsere Gewährsmänner sprechen:

In Groß-Sikowitz bei Znaim sollten 50 Hektar Boden zur Aufteilung gelangen. Für den 8. März war das Zusammentreten der Ortsberatungskommission anberaumt, um endgültig über den Aufteilungsplan zu beschließen. Herr Wagner nahm jedoch den 7. März, deshalb verschob er eigenmächtig da er ja ein großer Herr ist, die Beratung auf diesen Tag. Davon hielt er es für notwendig nur die landbündlerischen Mitglieder und die Kriegsbeschädigten zu verständigen. Unsere Genossen vom Bunde der Kleinbauern und Häusler und die tschechischen Bewerber wurden nicht verständigt. Unsere Genossen gingen dennoch hin. In der Sitzung lehnte Genosse Komarek den Herrn Abgeordneten Wagner als Teilnehmer an der Kommission ab, da er als Vertreter einer politischen Partei in einer solchen Kommission kein Stimmrecht habe. Herr Wagner schnappte vor Wut nach Luft, zog es aber vor, zu schweigen. Die Ortsberatungskommission sprach nun allen jenen, die unter zwei Hektar Eigenbesitz haben, Boden zu und sodann wurde dieser Beschluß nach Prag zum Bodenamte zur Bestätigung eingeschickt. Einige Tage später war schon ein Geometer zur Stelle der die Vermessung der einzelnen Teile durchführte. Auf die Anfrage unserer Genossen, wer sein Auftraggeber sei, erwiderte er, daß Herr Wagner ihn beauftragt habe. Wer gab dem famosen Herrn das Recht dazu?

Inzwischen langte der Bescheid des staatl. Bodenamtes ein, welcher die Ablehnung von 7 unserer Genossen beinhaltet, trotzdem diese nicht mehr als zwei Hektar Eigenbesitz haben. Landbündler hingegen bekamen ohne angefragt zu haben, Boden zugesprochen.

Diese offensichtliche Ungerechtigkeit ist zweifellos ein „Verdienst“ des Herrn Wagner, der die Knödelspenden für seine Parteigänger auf Kosten der kleinen Bewerber durchgesetzt hat. Wer jedoch meint, daß dieser Vorgang, sowie die eigenmächtige Bestellung des Geometers durch Herrn Wagner schon dem Maß der grünen Dorfgenossenschaft den Boden ausschlage, ist im Irrtum. Es kam noch schöner.

„Ich bin der Staat!“

Eines Tages wurde unseren Genossen mitgeteilt, daß Wagner sich das Recht angemaßt habe, in Sikowitz den zugewiesenen Boden zu verlosen, ohne daß die Ortsberatungskommission davon verständig wurde. Er führte die Verlosung auch in Lechwitz seiner Residenz, durch und scherte sich einen Teufel darum, daß er dazu gar kein Recht habe. Unsere Sikowitzer Genossen beriefen nun die Ortsberatungskommissionsmitglieder, die nicht zur Gilde Wagners gehörten, zu einer Sitzung ein, und dort wurde beschlossen, in Sikowitz zu verlosen. Man ließ auströmmeln, doch verhinderten die Trabanten Wagners das Auströmmeln und verständigten Wagner, welcher in nicht geringe Wut geriet und derselben in folgenden aktivistischen Worten Luft machte:

„Niemand hat ein Recht, nur ich! Wir regieren und sind eine Regierungspartei. Alles was ich mache, ist gemacht!“

Wagner verlor weiter und es war eine wirklich gerechte Verlosung, die eines Wagners würdig ist.

Die guten Felder, die schon mit Winterfaat bebaut waren, wurden nicht verlost, sondern den Landbündlern einfach zugeschanzt.

Die schlechten jedoch wurden verlost. Die Felder, die die Mitglieder unserer Kleinbauernorganisation erhalten sollten, wurden von einem Unparteiischen verlost. Wagner diktierte dann eine bestimmte Frist, bis zu welcher die Zuteilungsnummern von unseren Genossen in Lechwitz abgeholt

sein müssen, ansonsten dieselben überhaupt nichts an Boden bekämen.

Wer erinnert sich da nicht an das bekannte Wort des Franzosenkönigs: „Ich bin der Staat!“ Ich bin der Herr Wagner! Wir sind Regierungspartei! Für mich gibt es kein Gesetz und kein Recht für die Opposition — brüllt heute der aktivistische Löwe, Notabene, dieser Löwe: Herr Wagner gebärdete sich bei den letzten Wahlen, wo er sein Mandat gegen den heftigen Widerstand der eigenen Parteigenossen erobert hatte, noch als gewaltiger deutscher Held und Märtyrer, weil ihn die Fischchen seinerzeit

Die Peking Sowjetbotschaft besetzt.

Von Truppen Tschangsolins. — Mit Ermächtigung des diplomatischen Corps.

Peking, 6. April. (Reuter.) Etwa 1000 Soldaten Tschangsolins, die gemäß einer vom diplomatischen Corps unterzeichneten Ermächtigung handelten, drangen heute morgens, begleitet von bewaffneter Polizei, in die Botschaft der Sowjetrepublik ein. Ein Schutzsiegel, darauf stand: ein Russe aus dem Gebäude durch das Fenster hinausgeworfen, geschoßt und in einem Automobil fortgebracht. Bis jetzt wurden etwa 6 Russen und 20 Chinesen zur Polizeiwache gebracht. Ein Maschinengewehr, 15 Gewehre und zahlreiche Munition wurden in der Botschaft beschlagnahmt. Der Geschäftsträger der Sowjets und andere Beamte der Botschaft sollen in ihren Amtsstuben in Haft gehalten werden. Die Truppen halten die ganze Botschaft besetzt.

Hinrichtungen verhafteter Chinesen?

London, 6. April. Nach einer noch nicht bestätigten Agenturmeldung aus Peking, soll Tschangsolin die bei der in der Sowjetbotschaft unternommenen Razzia gefangen genommenen Chinesen, Frauen und Männer sofort hingerichtet haben.

Die Meldung besagt weiter, mehrere hundert chinesische Polizisten seien in das Diplomatenviertel eingedrungen, hätten einen Teil der Sowjetbotschaft durchsucht und eine Anzahl von Chinesen und Russen verhaftet, die beschuldigt werden, Unruhen unter den Studenten und Arbeitern herbeizurufen. Die Behörden erklärten, daß hundert Chinesen im Botschaftsgebäude verhaftet aufgefunden wurden.

Der Feldzug Tschangsolins gegen die russische Propaganda werde auch in anderer Richtung fortgesetzt. Zwei Amerikaner, Mrs. Mitchell, die frühere Herausgeberin der chinesisch-amerikanischen Agentur, und Burton wurden von den chinesischen Polizei unter Anschuldigung, mit den Kantonesen in Verbindung gestanden zu haben, verhaftet.

Flugzeugbomben über Nanking.

Shanghai, 6. April. (Reuter.) Nach einem drahtlosen Telegramm aus Nanking hat ein Flugzeug der Nordarmee drei Bomben auf Nanking und zwei auf eine Stadt in der Nähe von Pusan geworfen. Sämtliche Bomben richteten furchtbare Verwüstungen an verschiedenen Stellen an. Es sollen hierbei etwa

Das deutsche Budget angenommen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. — Große Differenzen wegen des Konfordsates.

Berlin, 6. April (Eigenbericht.) Der Reichstag hat in seiner heutigen Sitzung auch die Staatsberatungen abgeschlossen. In der Schlussabstimmung wurde der Reichshaushalt mit 235 gegen 166 Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten gaben eine motivierte Erklärung für ihre Ablehnung des Etats ab.

Unter den Entschlüssen zum Etat, mit denen sich der Reichstag noch befaßte, befand sich auch eine der demokratischen Fraktion, die mit Bezug auf die widerspruchsvolle Haltung des Reichsaussenministers von der Regierung Auskunft über ihre Stellungnahme zum Abschluß eines Reichskonfordsates verlangte. Der Führer der Deutschen Nationalen Graf Westarp gab hierzu eine gelundene Erklärung ab; es war ihm offenbar unangenehm, bei den bekannten Differenzen der Regierungsparteien über diese Frage selbst eine eindeutige Stellung einzunehmen. Die demokratische Entschlüsse wurde dann von den Regierungsparteien abgelehnt.

Lohnfortschritt bei der Reichsbahn.

Berlin, 6. April. Die heutigen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Reichsbahnverwaltung über die Neu-Regelung der Arbeitslöhne wurden von den Gewerkschaften abgebrochen, da ihr die Zugeständnisse der Reichsbahn über die

als Lehrer abgelehnt haben. Wie rasch doch die Sympathie zwischen deutschradikalem Irredentismus und dem Diktatorwahne eines Kramarsch oder Gajda vollzogen wurde!

Wenn die Sache nicht so ernst wäre, könnte man sich damit begnügen, dem Herrn Wagner an den Schandpfahl der Väterlichkeit zu heften und das weitere der wohlthätigen Wirkung kalter Umschläge zu überlassen. In diesem Falle handelt es sich aber um einen Auschnitt aus dem Bodenreformsystem, das die Landbündler als Regierungspartei einführen möchten. Und diese Schurkerei soll ihnen nicht so billig hingehen. So einfach geht es denn doch nicht, die Opposition einfach außerhalb von Recht und Gesetz zu stellen und eine offene Parteidiktatur aufzurichten. Dagegen gibt es auch noch Waffen und sie sollen — darauf können sich die aktivistischen Diktatoren verlassen — mit aller Schärfe zur Anwendung kommen.

sechs Menschen getötet und mehrere verwundet worden sein.

Franzreich schick weitere Truppen!

Paris, 6. April. Wie „Echo de Paris“ erfährt, wurde im letzten Ministerrat die Entsendung eines weiteren Kreuzers und von 600 Soldaten nach China in Erwägung gezogen. Die Soldaten würden dem marokkanischen oder syrischen Kontingente entnommen werden. Frankreich wolle sich in China vollkommenen Freiheit und würde sich einer gemeinsamen diplomatischen Aktion nur dann anschließen, wenn London, Washington und Tokio bezüglich der Vorstellungen, welche sie in China zu machen beabsichtigen, sowie über die eventuellen Maßnahmen vollkommen einig wären.

In deutschen Häfen keine Verschiffungen von Waffen.

Hamburg, 6. April. Wie das W. I. B. erfährt, haben der Verband der deutschen Rheder und der Internationaler Verein den Verkauf, sowie Verschiffungen von Kriegswaffen und Kriegsmunition, die zur Verwendung in China bestimmt sind, in deutschen Häfen oder auf deutschen Schiffen zu übernehmen.

Keine japanischen Truppen mehr nach China.

London, 6. April. „Times“ meldet aus Tokio: Eine gestern abgehaltene Kabinettsitzung beschloß, keine neuen Truppen nach China zu senden und keine Änderung der bisherigen Politik vorzunehmen. Der japanische Generalkonsul in Shanghai ist angewiesen worden, in einer Erklärung Japans Politik darzulegen, um die dort wohnenden Japaner zu beruhigen.

Die englische Arbeiterpartei und China.

London, 5. April. (Reuter.) Der die Zentrale der englischen Trade Unions und die parlamentarische Arbeiterpartei vertretende Nationalkonvent heute im Unterhaus zusammen und nahm eine Resolution an, in welcher die Regierung ersucht wird, den Kantonesen kein Ultimatum zu übermitteln, welches einen Krieg mit China zur Folge haben könnte. In einer anderen Resolution wird gefordert, daß die Regierung sofort Verhandlungen mit den Kantonesen einleiten und für den Fall der Erfolglosigkeit die Angelegenheit dem Völkerbunde zuweisen solle.

Löhne und die Arbeitszeit als ungenügend erlanierten. Die Reichsbahnverwaltung hatte eine durchschnittliche Lohnerhöhung von drei Pfennig pro Stunde angeboten.

Die Arbeiterpartei in Glasgow und der Besuch des Königs.

In Glasgow, der zweitgrößten Stadt Großbritanniens, deren Armut und Ueberbevölkerung berüchtigt ist, bilden die Vertreter der Arbeiterpartei fast die Hälfte des Stadtrates. Vor kurzem sind sie nun in Opposition getreten, hauptsächlich wegen der überflüssigen Ausgaben, die der für den 12. Juli angelegte Besuch des Königs in der Stadt verursacht. Der Bürgermeister von Glasgow hat den Versuch gemacht, die Stadträte der Arbeiterpartei zu veranlassen, ihre Entscheidung zu widerrufen. Nachdem dem königlichen Hof von der Haltung der Arbeiterpartei Mitteilung gemacht worden war, berief der Bürgermeister eine besondere Sitzung ein, in der er sich an die Stadträte der Arbeiterpartei wendete und den Versuch machte, sie zur gleichen Stellung wie die übrigen Mitglieder des Stadtrates zu bringen. Trotzdem bestätigte die Labourfraktion mit einer Majorität von 25 gegen 11 Stimmen ihren früheren Beschluß, nämlich: 1. Daß kein Mitglied der Labourfraktion im Vorbereitungsausschuß des Stadtrates mitwirken werde; 2. daß alle Geldforderungen, die im Zusammenhang mit dem Besuch erhoben werden, abgelehnt werden. 3. Daß kein Mitglied der Fraktion an einer Funktion oder Feierlichkeit in Zusammenhang mit dem Besuch teilnehmen werde. Es heißt, daß infolge dieser Lage der Besuch des Königs nicht erfolgen soll.



In Sizilien wurden mehr als 400 ver-  
dächtige Personen verhaftet, darunter  
ein als einer der Führer der Mafia bezeichneter  
Notar.

**Eine Eisenbrücke in New York.** In New York  
ist der Bau einer gewaltigen Brücke geplant, durch  
die drei Stadteile von Groß-New York: Manhattan,  
Bronze und Queens miteinander verbunden werden  
sollen. Die Brücke wird eine Länge von insgesamt  
16.850 Fuß haben. Davon wird die Hauptbrücke von  
Queens nach dem Bronx 12.700 Fuß einnehmen  
und die Verbindung mit Manhattan 4150 Fuß. Auf  
der Hauptbrücke ist Raum für acht Verkehrsstraßen  
vorgesehen, auf der Manhattan-Verbindungsbrücke  
für sechs. Auch Fußgängerwege werden angelegt,  
jedoch keine Straßen- oder Hochbahn. Die Verbin-  
dung mit Manhattan schließt eine Zugbrücke über  
den Harlem-Fluß ein, die 50 Fuß hoch über dem  
Wasserspiegel liegen wird, so daß mit wenigen Aus-  
nahmen der Schiffsverkehr ohne Unterbrechung von-  
statten gehen kann. Die Baukosten der gewaltigen  
Brückenanlage werden auf 24.935.000 Dollar geschätzt.

**Ein Rekordlieb vor Gericht.** Vor dem Schöffengericht  
Breslau hat sich seit Montag der 41 Jahre  
alte, aus Diedenhausen in Pommern stammende  
Dieb Josef Barbe wegen unglücklicher Diebstähle zu  
verantworten. Im Laufe einer langen Unternehmung-  
sacht hat er, angeblich um seinen Nihil zu machen,  
über 2000 Diebstähle zugegeben. Die Nachprüfung,  
die seit Mai 1925 im Gange ist, hat nahezu  
erlosch die Möglichkeit der Angaben des Angeklagten  
ergeben. Er hat wahllos alles zusammengehohlet,  
was er erreichen konnte: 187 Fahrräder, Richter-  
solare des Oberlandesgerichtes, Gebetskränze eines  
französischen Klosters, Sanduhren, Thermometer und  
Seife sowie Kleidungsstücke aus Volksschulen, Pelze  
aus Theatergarderoben, Bestecke aus Restaurants,  
Schreibmaschinen, Instrumente von Neuzug um.  
Seine Beute machte er laufend mit Hilfe von  
Helfern zu Geld.

### Das erste wahre Friedens- denkmal.

Paris, Anfang April 1927.

Nach Mitternacht kam ich im Pariser Vorort  
Levallois-Perret an. In der Nacht geht man eine  
Stunde durch die von der Pariser Innenstadt.  
Levallois-Perret ist die Autovorstadt von Paris.  
Hier hat die Firma Citroën ihren gewaltigen  
Gebäudekomplex, der zur Zeit wieder vergrößert  
wird, hier sind Hunderte von Garagen, wo die  
Autos überdacht schlafen gehen, und hier hat sich  
ein Arbeiterort entwickelt, wo noch vor zwei  
bis drei Jahrzehnten der Pariser Bürger beim  
Sonntagsausflug auf Wiesen sah.

Die ungepflügten Wege geben tiefe Pfützen  
von dem tagelang anhaltenden Regen. Als ich  
dann dort am vorigen Sonntag mein Hotelchen  
früh um 7 Uhr verließ, überließ sich plötzlich der  
Regen von Levallois-Perret, ob er weiter kommen  
soll, steht, was im Ort los ist, und kehrt um.  
Denn der große Tag von Levallois-Perret soll  
nicht verdorben werden!

Auf den ziemlich leeren Straßen treffe ich  
einige Hunde, die sich freuen, daß Sonntag ist,  
und die ersten verschlafenen jungen Mädchen, die  
noch froh sind, daß es am Tage vorher Sonn-  
abend war.

Am Place de la Colonne, der auf dem Wege  
zum Friedhof liegt, spüren zwei offene Tore aus  
einer mehrstöckigen Garage die Taxis der Firma  
„Autoplace“ haufenweise zur Ueberfüllung  
von ganz Paris aus. Vor der Ausfahrt aus dem  
Tor gibt der Chauffeur einem Kontrollbeamten  
einen Zettel ab, auf dem die Nummer des Wagens  
und die Stunde der Ausfahrt verzeichnet ist, der  
Beamte öffnet das Auto, schiebt hinein und schiebt  
wieder. Noch kann der Chauffeur nicht fort ins  
Weite. Aus dem Hausen Maroffauern, Indern,  
Senegalesen und Tunesiern, die vor dem Tore  
aufhaken stehen, stürzt jeweils einer hervor, springt

Ach habe damit nur meine Verteidigungspflicht er-  
füllt.“

Dieses aus einer falsch verstandenen  
Standesbewußtheit entspringende Zunft-  
gefühl findet man selten so ausgebildet wie bei  
den Ärzten. Es sei an den Fall Falckhuber er-  
innert, in dem sich fast die ganze Prager medi-  
zinische Fakultät hinter den Verbrecher Falckhuber  
stellte und solidarisch für den ärztlichen Ruf des  
Ganzen haftete. Erzielt wird natürlich ganz das  
Gegenteil dessen, was die Herrschaften damit be-  
zwecken. Sicher können gewisse Mißstände des ärzt-  
lichen Betriebes, in einzelnen Krankenhäusern, in  
Jugendanstalten, verheimlicht werden, aber die Auto-  
rität des Standes steigt nicht, sie wird untergraben  
und Mißtrauen muß die Verdüsterung schaffen,  
die feindlicher als die Wissenschaftler meist anneh-  
men, derartige Mißstände wahrnimmt und der Wis-  
senschaft zu Lasten bucht.

Und nicht minder verderblich ist die Wirkung  
auf das Vertrauen zu den Fähigkeiten der Wissen-  
schaft. Sie muß nicht nur als Gefangen sondern  
auch als unfähig gelten, wenn sie etwa im Falle  
Marek die Frage gar nicht erst zur Diskussion stellt:  
wie könnten bei einem Unfall die mehreren Stab-  
wunden entstanden sein? Wenn dann Fischer und  
Lafon kommen und von der Hebelwirkung der Hade  
von dem Tanzen der Hade in der Wunde reden,  
dann darf man sich nicht beklagen, denn es wäre  
Pflicht der Ärzte gewesen, nicht nur zu sagen, daß  
dies und jenes für die obliche Verwundung  
spricht, sondern auch zu erklären, wie es im Falle  
eines Unfalls zu den auffallenden Symptomen  
allenfalls hätte kommen können. Erst durch den  
Vergleich der Möglichkeiten konnte man zu einem  
Wahrscheinlichkeitsbeweis kommen. Die Vermutung

auf das Trittbrett des Taxis und läßt sich vom  
Chauffeur ein Trinkgeld geben: Es sind dies die  
Wagenreiniger. Jeder reinigt etwa zehn Autos  
und erhält dafür jeden Morgen zwischen 1.50 und  
2 Franken von dem Chauffeur aus dessen eigener  
Tasche. Französische Arbeiter erbeide ich nur ganz  
vereinzelt unter diesen Reinigern. Auch Russen  
sind da. Bei der Reinigung nebenan liegt die  
Pariser russische Zeitung von Kerensty in vor-  
derster Reihe zum Verkauf.

Es wird langsam zwischen 8 und 9 Uhr.  
Rothweife, in Gruppen zu zweien und dreien  
kommen die Schutzleute angetrippelt. Dann in  
dicken Paketen. Sie umstellen den Friedhof. Denn  
dessen Toreröffnung soll heute um 11 Uhr ein-  
geweiht werden, und die Fajestien, die es schon  
einmal besudelten, haben angekündigt, sie würden  
die Einweihung durch die Behörden mit aller  
Gewalt verhindern! Warum? Weil endlich neben  
dem laufenden Kriegesdenkmälern patriotischer Ge-  
stalten nun hier eins entstanden ist, das den Krieg  
ablehnt und auf ewig verbannt!

Ich bin der erste Zuschauer am Friedhofstor,  
das noch fest geschlossen ist. Einen Tag vorher  
hatte noch der französische Ministerrat überlegt,  
ob die Regierung überhaupt bei der Einweihung  
offiziell vertreten sein darf, der Innenminister  
Zartaut legte Photographien aller Teile des  
Denkmals vor, und schließlich wollte derselbe  
Boncaré, der noch 1924 der „Lige zur Abschaf-  
fung des Verbrechens: Krieg“ Schwierigkeiten be-  
reitet, die Anlage einer offiziellen Vertretung  
nicht mehr zurückziehen. Der fortschrittliche Stadt-  
rat von Levallois-Perret, der darauf energisch  
hingewirkt wurde, ist gegenüber den fajakistischen  
Angriffen Sieger geblieben.

Endlich um 11 Uhr ist die Ansammlung  
riesengroß. Jetzt kommt die Menge. Ein Feuer-  
wehrgang — denn die Feuerwehr ist in Paris  
Militär — trägt einen Kranz und ein großes  
Blumengetüwele voran unter der Führung von  
Bourju, dem Polizeipräsidenten von Paris und  
Umgegend. Die umstehenden Zuschauer schließen  
sich langsam dem Zuge an. Das Friedhofstor ist  
jetzt breit geöffnet. Alle strömen hinein. Nach fünf  
Minuten steht man vor dem Denkmal. Die Hüte  
fliegen in die Hand. Rouquier, der Bürgermeister  
des Ortes, spricht: „Dieses Denkmal ist errichtet  
gegen das entsetzliche Verbrechen: Krieg. Wer ihn  
mitgemacht hat, weiß, wie verbrecherisch er ist.  
Daraus mit dem Haß aus unseren Herzen, hinein  
mit der Vernunft! Suchen wir auch die anderen  
Völker zu verstehen! Alles muß vermieden werden,  
was die Völker trennt. Auf ewig muß der Krieg  
gestoppt werden. Dieses Denkmal soll uns Symbol  
sein für den allmächtigen Abscheu, den wir alle  
vor dem Kriege haben.“

Dann erklärt der Sorbonne-Professor Lan-  
genin, dessen Kurse oft von nationalistischen Stu-  
denten gestört wurden, das Denkmal im einzelnen.  
Prondy, der es schuf, wollte damit zum Ausdruck  
bringen: Oben die um ihre Söhne, die Soldaten  
sind, weinende Mutter. Darunter vier durch  
Krieg gebrochene, aber doch zukunftsstrenge Sol-  
daten, und ganz vorn das Wichtigste: Ein junger  
Arbeiter, der auf seinem rechten Arm sein Schwert  
zerbricht.

Trotz des graufigen Wutgeheul der Fajestien!  
„Prondy hatte als Vorbild in seiner Ver-  
fassung ein Gewehr aus der Fabrik Mauser, das er  
selbst während des Krieges, den er vom ersten bis  
zum letzten Tag mitschmeißte, getragen hatte“, sagt  
uns Langevin.

Und dann zog der Zug ohne Zwischenfall  
vorbei, Blümen, ehemalige Kriegsteilnehmer,  
Kriegsverletzte, Sozialisten, Kommunisten und  
Rassisten.

„A nos morts“ (Unseren Toten) steht als  
Widmung auf dem Denkmal. Unter ihm liegen  
150 Soldaten im Messingrot. Sein Sinn richtet  
sich „an Alle“. Wie wäre es, wenn man einen  
entsprechenden deutschen Arbeiter beim Schwert-  
zerbrechen an die Stelle setzen würde, wo heute  
noch immer in Berlin die Siegesallee steht?

Kurt Lenz.

eines Tischlerlehrlings, die Hade könnte in die Hufe  
verwickelt worden sein und so mehrere Wunden er-  
zeugt haben, ist mindestens so gestützt wie die medi-  
zinischen Gutachten. Die Festlegung auf eine For-  
mel zwingt die Ärzte dann zu den unsinnigsten Be-  
hauptungen. Befragt, ob ein Mensch vier Arthiede  
ins Schienbein freiwillig ertragen könnte, antwor-  
tete der eine Professor, ein willensstarker Mensch  
könne das wohl aushalten!

Wahrscheinlich handelt es sich hier um einen  
jener Heldengötze, die so verflucht große Rehnlich-  
keit mit den Generalen haben, die hinter der Front  
das Leben in den Schützengräben für ein Vergnügen  
erklären, um einen jener Ärzte, die die Anwen-  
dung von Morphinum für eine weibliche Schwäche  
halten und sich für sittliche Erzieher zu gewöhnlicher  
Heldenstärke halten, wenn sie einem ihrer Opfer  
fünf Badzähne ohne Anästhesie ziehen!

Aus dieser Borniertheit der Wissenschaft, aus  
der geringen Vorsicht mit der sie den Versuchungen  
ausweicht, die der Broterwerb an sie stellt, aus dem  
zu nützlichen Zusammenhalten um  
jeden Preis, in dem keiner der Jungen den andern  
blößen würde und wenn der offensichtlich an  
Paralyse litte, erwidert Pflückerum und Uberglaube  
der Bevölkerung. Solange sich die Ärzte nicht  
als Menschen unter Menschen, sondern als Glieder  
der Zunft, als eine Treuhändergesellschaft von unseh-  
baren Halbgöttern fühlen, werden sie weder ihrer  
Pflichten gerecht werden, noch das Vertrauen des  
Volkes gewinnen, das sie brauchen. Aber das sollte  
man eigentlich einer geschrieben haben, der aus der  
Zunft ausbricht, nicht einer, der sie von außen  
beobachtet. Es gibt Tausende menschliche, aufge-  
klärte Ärzte ohne Dünkel, an ihnen wäre es zu  
sprechen!

## Volkswirtschaft.

### Die Wirtschaftslage in Nordmähren.

Olmutz, den 6. April 1927. (Progorodiv.) In  
März 1927 hat die Beschäftigung in einzelnen  
Industriezweigen Nord- und Mittelmährens eine  
mäßige Besserung erfahren. Die Gesamt-  
lage auf dem Arbeitsmarkt blieb jedoch auch wei-  
ter ungünstig.

Die Steinbrüche und Schotterquerschnen  
haben mit Rücksicht auf den durch die Straßen-  
reparaturen verursachten erhöhten Bedarf neue  
Arbeiter aufgenommen. In den Ziegeln war die  
Tätigkeit auf vorbereitende Arbeiten beschränkt.  
Die Glashütte konnte den Betrieb im selben  
Ausmaße wie im vorangegangenen Monate auf-  
recht erhalten, da sie genügend Bestellungen in ge-  
rechtlicher Ware hatte. Was die Metallindu-  
strie anbetrifft, hat sich die Situation für land-  
wirtschaftliche Maschinen und Automobilkarosserien  
gebessert, so daß neue qualifizierte Arbeiter auf-  
genommen und mit behördlicher Bewilligung  
Ueberstunden gearbeitet wurden. In der Holz-  
industrie haben einige kleinere Möbel- und  
Bauaterialien erzeugende Betriebe um die Be-  
willigung zur Ueberstundenarbeit angeht. Die  
Textilindustrie war im großen und ganzen  
auf beschäftigt, insbesondere hat sich vorübergehend  
die Beschäftigung der Flachspinnereien gebessert.  
Auch die Betriebe für die Erzeugung von Seiden-  
waren, insbesondere von Krawattenstoffen, erfreu-  
ten sich einer guten Beschäftigung. Einigen  
größeren Betrieben dieses Zweiges wurde Ueber-  
stundenarbeit bewilligt. In der Prohymier Kon-  
fektionsindustrie war die Beschäftigung  
gebessert, trotzdem sie die Höhe der vorjährigen  
Frühjahrsaison nicht erreichte. Papierfabri-  
ken, soweit sie für inländische Bestellungen ar-  
beiteten, waren voll beschäftigt. Auch die Zigaret-  
tenpapierfabriken haben ihren Arbeiterstand ver-  
größert. Die Malzkampagne dauert in  
vollen Umfang weiter. Chokoladen- und  
Zuckerwarenfabriken arbeiten wie gewöhnlich in  
der Osterzeit mit einem erhöhten Arbeiterstand.  
Die Beschäftigung der Bauarbeiter hat im  
Vergleiche zum Vorjahre keine Veränderungen  
erfahren, da in den besprochenen Gebieten keine  
neuen größeren Bauten begonnen wurden. Die  
ungünstige Lage in den Druckereien dauert an.

### Internationaler Kongreß der industriellen Unternehmer.

Der diesjährige österrische Kongreß der In-  
ternationale der Unternehmer der Industrie (D.  
I. C. I.) findet im Monat Mai in der Schweiz  
in Zürich statt. Die „Schweizerische Arbeitgeber-  
zeitung“ veröffentlicht in diesem Zusammenhang  
einen Artikel, der sich über die Geschichte und  
den Zweck der Vereinigung wie folgt äußert:

„Schon vor dem Kriege hatte sich das Be-  
dürfnis einer Verständigung zwischen den Arbeit-  
geberverbänden der verschiedenen Länder geltend  
gemacht. Der Krieg unterbrach dann die dahin-  
gehenden Bemühungen. Um so gebieterischer  
drängte sich ein Zusammenschluß nach Rückkehr  
normaler Beziehungen zwischen den verschiedenen  
Ländern auf. Die erste internationale Arbeits-  
konferenz, die in Washington stattfand, sah sich  
einer geschlossenen Arbeitnehmer-  
gruppe gegenübergestellt, die sich  
auf die internationale Gewerks-  
schaftsorganisation stützte. — Auf  
Arbeitgeberseite fehlte es dagegen an einer inter-  
nationalen Organisation und daher auch an einer  
einheitlichen Verteidigung des Arbeitgeberstand-  
punktes. Aus diesem Grunde wurde schon in  
Washington die Schaffung einer internationalen  
Arbeitgeber-Organisation beschlossen, und einige  
Monate später fand in Brüssel die Gründung der  
D. I. C. I. statt. Diese internationale Arbeit-  
geber-Vereinigung will in erster Linie diejenigen  
Fragen studieren, die auf den internationalen  
Arbeitskonferenzen und vom Internationalen Ar-  
beitsrat behandelt werden.“

Zur Zeit umfaßt die D. I. C. I. 25 der  
wichtigsten Industrieländer. Sie unterhält in  
Brüssel ein ständiges Generalsekretariat, dem ein  
leitender Ausschuß vorsteht, in dem die haupt-  
sächlichsten Mitglieder vertreten sind. Der Kon-  
greß in Zürich wird, abgesehen von Fragen all-  
gemeinen Interesses für die Arbeitgeber, eben-  
falls die Tagesordnung der nächsten interna-  
tionalen Arbeitskonferenz behandeln.

**Die britische Gewerkschaftsbewegung und die  
Kommunisten.** Der Generalkonferenz des Britischen  
Gewerkschaftsbundes (T. U. C.) hat beschlossen,  
daß die Gewerkschaftskarteile, die der kommuni-  
stischen Minderheitsbewegung angeschlossen sind,  
Gruppen dieser Bewegung rekrutieren oder irgend-  
wie mit ihr verbunden sind, vom Generalkonferenz  
anerkannt werden und auch nicht das Recht haben,  
an irgendwelcher unter Leitung des Generalkonferenz  
stehenden Arbeit teilzunehmen. Citrine, der Ge-  
neralsekretär des T. U. C., erläutert im „Daily  
Herald“ diesen Beschluß dahin, daß damit (wie  
auf dem Kontinent, d. h.) die Möglichkeit der  
individuellen Mitgliedschaft bei der kommunisti-  
schen Partei nicht ausgeschlossen ist, da sich der  
T. U. C. als rein wirtschaftliche Organisation  
nicht mit der politischen Einstellung der Mitglie-  
der der angeschlossenen Organisationen befaßt.  
Der Beschluß ist kein übereilter. Bereits vor  
einem Jahre versuchte der Generalkonferenz alle an-  
geschlossenen Organisationen dahin zu bringen,  
daß sie ihre Ortsgruppen zum Anschluß an die  
örtlichen Gewerkschaftskarteile veranlassen. Einige  
Verbände wanderten dagegen ein, daß dies in  
einigen Fällen den Anschluß an Karteile bedeuten

würde, die der Minderheitsbewegung angehören.  
Aus diesem Grunde hat nun der Generalkonferenz  
beschieden, daß die Mitgliedschaft bei der Minderheits-  
bewegung durch Gewerkschaftskarteile nicht mit  
der Politik des T. U. C. zu vereinbaren ist.

## Gerichtssaal.

### Wie wird er sie nur los?

Prag, 5. April. Der russische Legationär Karl  
L. hatte in Kurland während seiner Gefangenschaft  
die Bekanntschaft der Elisabeth L. gemacht und diese  
geheiratet. L. war invalide geworden, es mußte  
ihm ein Bein amputiert werden. Er brachte nach  
Kriegsende seine Frau mit in seine Heimat nach  
Prag. Der Ehe entsamten zwei Kinder. L. brachte  
vor ein paar Tagen die Scheidungsklage gegen seine  
Frau ein. Erstens hätte ihm seine Frau gedroht,  
daß sie sich und die Kinder umbringen werde, zwei-  
tens belästigte sie ihn mit Ehenen, weil er seiner  
Arbeitsbeschäftigung nachgehe, um mehr zu verdienen,  
drittens hätte sie ihm oftmals nicht einmal das Recht  
gemacht und während er die Beinamputation durch-  
machte, von ihm energisch verlangt, in ein Bad ge-  
schickt zu werden, und viertens und letztlich sei daher  
ein friedliches Zusammenleben mit ihr nicht möglich.  
Die Frau gab an: erstens habe sie nicht ihm mit  
Selbstmord gedroht, sondern er hatte ihr gesagt:  
„Du Bestie, ich muß dich erschließen!“, zweitens be-  
stände seine Arbeitsbeschäftigung darin, daß er einem  
Frauenzimmer zuliebe von ihr weggezogen sei und  
die Nächte bis in die Früh in Bars verbringe, drei-  
tens gebe er ihr 150 K wöchentlich, während er bei  
einer Heimvertriebsgesellschaft monatlich über 3000  
Kronen verdiene, schließlich und endlich handle es sich  
um nichts anderes, als sie los zu werden. Das  
Gericht gab der Eheverbindung des Karl L.  
nicht statt und so bleibt den beiden Gatten, die  
sich einst vor Liebe fast aufopfern hätten, nicht  
übrig, als ungetrennt weiterzuleben, was die armen  
Kinder an bitteren Empfinden werden. Die Frau  
wurde von JUDr. Siegm. Stein vertreten.

## Der Film.

**Ein Bischof über den Film.** Der Bischof von  
Southampton in England hat in London einen großen  
öffentlichen Vortrag über den Einfluß des Filmes  
auf die Moral der „unteren Klassen“ gehalten. Er  
kam dabei zu dem Schluß, daß der Film im großen  
und ganzen aufs Wärmste zu begriffen sei als ein  
vortreffliches Mittel der Ablenkung und Verabzün-  
gung. Im Film könne jeder sehen, daß auch die Ärmsten  
einmal zu Geld kommen können (es lebe der Rißsch) und  
daß auf der anderen Seite alle irdischen Güter  
unbeständig seien. Früher habe es für die notleidenden  
Volksschichten oft kein anderes Mittel der psychi-  
schen Auflockerung gegeben als den Alkohol; heute  
leistet derselbe Dienst der Film gefahrlos. — „Allo  
wenigstens eine gute Seite hat der Film in sich“  
Augen der Pfaffen!

**Ein verhängnisvoller Brand.** Durch einen Brand  
in einer französischen Kopieranstalt, der durch Kurz-  
schluß ausgetrigger war, wurde das gesamte Material  
des ersten deutsch-französischen Gemeinschaftsfilmes  
„Panama“ nach dem Roman von Francis Carco  
vollständig vernichtet. Der Film wird von den  
Regisseuren Malikoff und Verdier neu in-  
geniert werden.

**Sternhelm im Film.** Die Phoebe hat Carl  
Zernheims Bühnenstud „Die Hoje“ zur  
Verfilmung erworben.

**Mark Twain wird verfilmt.** Arthur Bergen  
ist mit den Vorarbeiten zu seinem Filmanstripte  
nach Mark Twains „Tom Sawyers“ und „Huck-  
leberry Finns Abenteuer“ beschäftigt.

**Ein russischer Film mit Fairbanks und der Bid-  
ford.** Anlässlich der vorjährigen Reise des amerika-  
nischen Filmehelden Douglas Fairbanks und  
Mary Pickford wurde in Moskau mit ihnen ein  
Film gedreht. Außer Fairbanks und der Bidford,  
die bis jetzt noch nie in einem Film zusammen  
gewirkt haben, werden die Hauptrollen von Rus-  
lands größtem Grotteskomiiker Zlynsky und einer  
Filmmovize namens Judakewitz verkörpert. Der  
Film ist eine Satire auf die psychopathische Ver-  
götterung der Filmstars. Ein Durchschnittsbürger  
wird durch einen Ruf von Mary Pickford berührt,  
wird aus seiner normalen Lebensbahn geworfen,  
empfindet, wie schwer es ist, berührt zu sein und  
kehrt zu seiner Frau, die er verlassen hatte, reu-  
mäßig zurück. Der Film erscheint auch im Ausland  
unter dem Titel „Der Ruf der Mary Pick-  
ford.“

**Buster Keaton,** dessen letzter Film „General“  
bei uns demnächst zur Vorführung gelangt, plant  
als seinen nächsten Film die Verfilmung von „Ro-  
binson Crusoe“.

## Literatur.

**Monographien deutscher Städte.** Der deutsche  
Kommunaleschlag G. m. b. H., Berlin-Friedenau,  
gibt gegenwärtig eine Buchreihe unter obigem  
Titel heraus. Davon behandelt der Band 16 die  
Stadt Waldenburg in Preußisch-Schlesien. Der  
Band zählt über 300 Seiten und ist eine lindenlose  
allseitige Beschreibung der Stadt. Sowohl die Ver-  
gangenheit als auch die Gegenwart dieser Stadt wird  
gewährleistet, insbesondere die hochentwickelte Walden-  
burger Industrie erfährt eine bis ins Detail gehende  
Darstellung. Der Band 19 behandelt die preußisch-  
schlesische Grafschaft Glatz. Zunächst werden die  
erdkundlichen und geschichtlichen Tatsachen dieses Lan-  
des mitgeteilt, sodann wird ein Überblick über die  
Bücher und Kurorte der Grafschaft gegeben. Beide  
Bücher sind wunderbar ausgestattet und mit reich-  
lichem Bilderschmuck versehen.

# Die Frühlinasfeier

der deutschen und tschechischen Arbeiterjugend Prag findet am Samstag, den 9. d. M., 8 Uhr abends, im Gartenjaal des „Libovh dum“, Sybernergasse, statt. Wir erwarten, daß zu dieser ersten gemeinsamen Veranstaltung mit den tschechischen Jugendlichen auch die Parteigenossinnen und -Genossen für einen guten Besuch sorgen werden. Karten zu 3.50 Kronen im „Sozialdemokrat“ und bei Gen. Wolfert, G. G. G.

# Kunst und Wissen.

**Gastspiel Carlsen.** (Aleine Bühne). „Großfürstin und der Zimmerkellner“. Dieses Stück hat dem Gast Traute Carlsen als Großfürstin Renia eine Gelegenheit, eine interessante Charakterstudie zu geben, zu der Traute Carlsen leichte, naive, einfache, bewußten sehr menschliche, aber auch nicht zu vergessen, komische, d. h. in ihrer eingebildeten Habseligkeit wirkende und schließlich brutale und gemeine, zur Tradition einer russischen Großfürstin ganz genau passende Töne mischt. Es ist ihr Verdienst, die zur Rolle ohne Zweifel nötige Habseligkeit nicht außeracht gelassen zu haben und doch mit keinem vorweggenommenen anderen Teil der Rolle fertig geworden zu sein. Traute Carlsen muß weißes Schauspielersinteresse an diesem Zwiegespräch gehabt haben, daß sie sich so schwer machen konnte, das Publikum auf ihre Seite, als auf die Seite einer schließlich liebenswerten Frau zu bringen, durch die Wohl dieser angeblich satirischen Komödie, deren Wertlosigkeit nicht darin liegt, daß sie das Leben jenes Teiles der weggelaufenen europäischen Kasperle satirisieren will, die in Paris bei Champagner und kleinen Champagnerbeinen zu verweilen suchen, daß sie nun nicht mehr 1000 Familien mittels der im Stück erwähnten tschechischen Sozialgewerke in ein viel tragischeres Los stürzen können, als das eigene ist, nein, sondern darin, daß sie zuerst mit beispiellos lächerlichen Mitteln einzureden versucht, die Großfürstin seien die lächerlichsten Dummköpfe, die Großfürstin die einfältigste Adorante, die sich nicht entkündet, mit den Mitteln eines Vorfalles zu arbeiten und dadurch geradezu auf die Nerven fällt. Traute Carlsens Auktor liegt aber über dieses Gemisch, und nicht nur sie, wie herzlich anerkannt sei, auch Afrika Hörsiger Zimmerkellner, der sehr gute, komische wirklich ganz ausgezeichnete Invollier Rede, Großfürst Paul: Reinhardt's barockhafter Witz und Trevers Kaffeezer und degenerierter Peter (Hühner), Ernst Franchisch charakteristisch gezeichnete Rolle der Gräfin Kavaloff, tragen wesentlich dazu bei, daß man das Stück vergesse, Gast und Spiel genossen konnte. Zeit, Nautsch, Meyer, Schmidt sind zu nennen, Anstufers Regie hat die Unvollkommenheiten des Stückes (von dem übrigens ein gleichnamiger Film lange Zeit in Prag lief) teilweise gemildert.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Donnerstag, 7 Uhr, neuinszeniert: „Fidelio“ (123-3). Freitag, 7 Uhr: „Rach: in Venedig“ (122-2). Samstag, 2 1/2 Uhr, Utonia-Vorstellung: „Tartuffe“, „Berbrochener Krug“; 7 1/2 Uhr, Gastspiel Traute Carlsen, neuinszeniert: „Eifer- such“ (125-1). Sonntag, nachm. 2 1/2 Uhr, Arbeiter-Vorstellung: „Fagros Hochzeit“; 7 Uhr: „Rach: in Venedig“ (127-3). Montag, 7 1/2 Uhr: „Vogelhändler“ (126-2).

**Spielplan der Alinea Bühne.** Donnerstag, Gastspiel Traute Carlsen: „Großfürstin und Zimmerkellner“. Freitag, Gastspiel Traute Carlsen: „Großfürstin und Zimmerkellner“. Samstag, 2 1/2 Uhr, Gastspiel Traute Carlsen: „Großfürstin und Zimmerkellner“; 7 1/2 Uhr, Gastspiel Traute Carlsen: „Eifersucht“. Montag, Gastspiel Traute Carlsen: „Großfürstin und Zimmerkellner“.

# Turnen und Sport.

## Bom Arbeiter-Turn- und Sportverband

Die Arbeitseinteilung zu dem Bundes-Schwimmkurs in Neustadt ist folgende:  
 Sonntag, den 17., vormittags ab halb 9 Uhr im Turnsaal: Troden Schwimmen und Springen, Gymnastik, Rettungsbildungen.  
 Sonntag, nachmittags ab halb 2 Uhr im Hallerbad: Schwimmen, Springen, Tauchen, Lehrproben im Unterricht für Nichtschwimmer und Schwimm- und Abteilungsleitung.  
 Montag, den 18., vormittags ab 8 Uhr im Hallenbad: Wernau, Kampfrichterwesen, Wasserball, Lebensrettung.  
 Montag, nachmittags ab halb 2 Uhr auf dem Sportplatz: Turnspiele, Aufschnitte aus dem Schwimmunterricht als Freiübungen, Schwimmgespräch.  
 Alle Teilnehmer müssen sofort Namen, Adresse und Anfahrtsort an Genossen Franz Elger, Neustadt a. d. Tafelberg, Rednergasse 19, melden, damit die Quartierverteilung erfolgen kann. Außer Schwimmhose und Handtuch (Badetuch) ist ein alter, aber nicht schmutziger Krug samt Unterwäsche mitzubringen, der zum Wechselschwimmen mit ins Wasser genommen werden kann.

**„Gleichheit“ Weiskirchlich schlägt Kleischer-Kuffig 5:0 (5:0). Ecken 9:3.** Ein einwandfreier Sieg der Heimischen über die sehr spielstarke Kleischer. Das Spiel stand unter der ausgezeichneten Leitung des Genossen Kupa, der das scharfe Spiel sehr korrekt meisterte. Weiskirchlich legte in flottem Tempo los und konnte die Überlegenheit durch fünf Treffer ausdrücken. In der zweiten Halbzeit wurde beiderseits etwas abgedaut. Besonders der Weiskirchlicher Sturm fiel gänzlich auseinander, so daß weitere Erfolge ausbleiben mußten. Vorzügliches Spiel zeigten Pawronek und Schleger im Pass. Gut wie immer die Verteidigung. — Nächsten Sonntag Spiel in Judmaniel. Anstoß um 10 Uhr vormittags.

**„Gleichheit“ Weiskirchlich Erf. gegen Prohn 1a 4:1.** Ein weiterer schöner Erfolg der Reserven, die dem Gegner technisch stark überlegen waren. Prohn sehr arbeitsfreudig, benötigt noch rationelles Training. Spiel sehr fair.

**„Union“ 1919 I Teplitz gegen „Bedwing“ I Dux 1:4 (0:3).** „Bedwing“ tritt komplett im sondersten, schmutzen Dreck den Platz, während „Union“ gezwungen ist, durch Spielerabgang ins gemischte Lager mit ungespielter Mannschaft anzutreten. — „Bedwing“ stößt an und erzwingt sich eine leichte Überlegenheit. Dies drückt sich durch zwei Tore aus, denen sich noch ein Selbsttor anschließt, somit den Halbzeitstand herstellend. Nach Zeitumwechsel findet sich „Union“ besser zusammen und das Spiel wird dadurch ausgeglichener. Auch der Torwart verliert seine Unsicherheit, kann aber nicht verhindern, daß „Bedwing“ ein drittesmal erfolgreich ist. Im Endspurt erarbeitet sich „Union“ eine leichte Überlegenheit und kann Mitte nach schönem Durch-

# Ausbringende Kleintierzucht

Kupentausch . . . . . K 6.-  
 Ausbringende Haltung u. Pflege des Schafes . . . . . K 8.-  
 Weidewirtschaft . . . . . K 4.-  
 Der Rindviehhalt . . . . . K 2.-  
 Fuchshaltung für Rindviehhalter . . . . . K 4.-  
 Viehwirtschaftliche Pflege der Kleintierzucht . . . . . K 3.-  
 Züchtungslehre . . . . . K 2.-  
 Ausführliches Verzeichnis über bezugsfähige Schriften **lokallos.**

**Vollsbuchhandlung**  
 Krenser & Co.  
 Teplitz-Schönau,  
 Theresienstraße 18-20.

# rür die Anbauzeit

Reisgemüsebau . . . . . K 6.-  
 Vervollständigung des Kartoffelbau K 2.-  
 Straußentiere . . . . . K 2.-  
 Vogelnest, Futtererwerb K 4.-  
 Ausführliche Verzeichnisse über bezugsfähige Schriften **lokallos.**

**Vollsbuchhandlung**  
 Krenser & Co.  
 Teplitz-Schönau,  
 Theresienstraße 18-20.

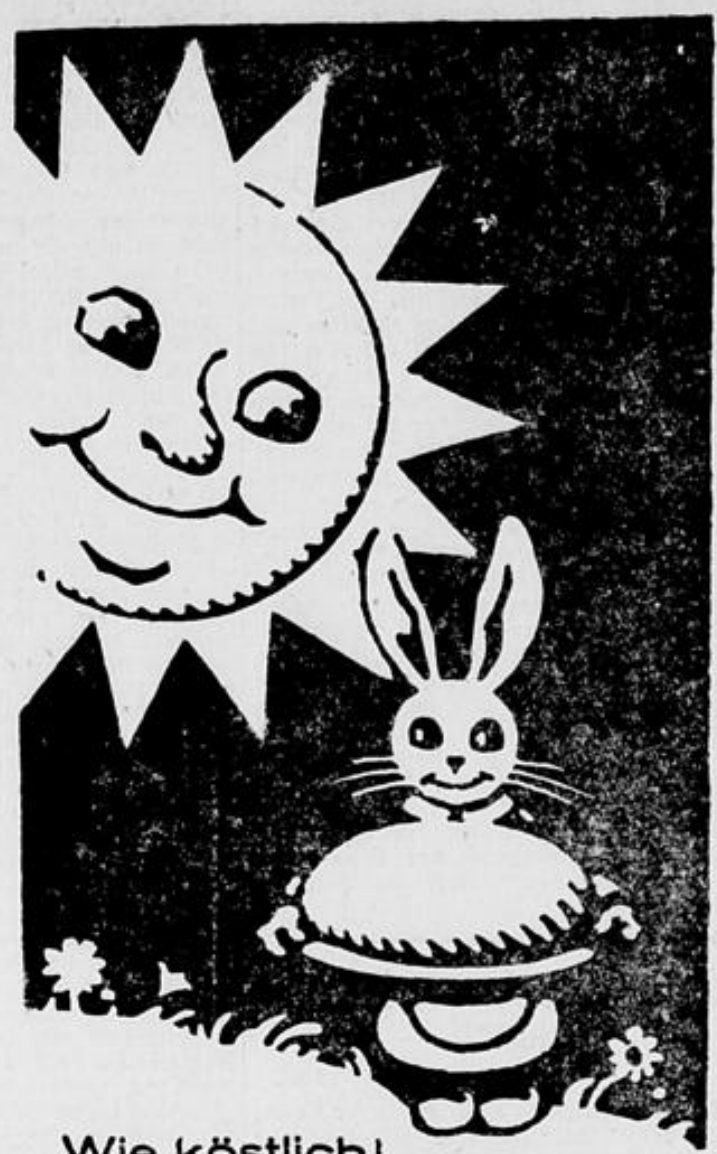
# Ausbringender Obstbau

Schnitt des Kernobstes K 3.-  
 Düngung des Obstbaums K 2.-  
 Schädlings des Kernobstes mit Japanteseife . . . . . K 12.-  
 Spalter- und Zwergobst K 2.-  
 Südbobstbau . . . . . K 2.-  
 Monatskalender für den Obstbau . . . . . K 3.-  
 Ausführliche Verzeichnisse über bezugsfähige Schriften **lokallos.**

**Vollsbuchhandlung**  
 Krenser & Comp.,  
 Teplitz-Schönau,  
 Theresienstraße 18-20.

# Schriften zur Zeit.

Julius Deutsch, Wehrmacht und Sozialdemokratie, K 15.-  
 Kurt Geyer, Führer und Masse in der Demokratie, K 1.-  
 Eduard Heilmann, Die sittliche Idee des Klassenkampfes, K 6.-  
**Vollsbuchhandlung,**  
 KRENSER & Co.  
 Teplitz-Schönau,  
 Theresienstraße 18-20.



Wie köstlich!

# Visan Osterbrot

# Bereinsnachrichten.



**Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag.** Sonntag, den 10. April, Abfahrt 7.45 nach Mladkowitz (Wilschbadhof). — Samstag nachmittags Kunstwanderung. Zusammenkunft 3 Uhr beim Meisner Bräuterturm. — Nächsten Mittwoch, Punkt 7 Uhr abends, Ausflugsfahrt im Café Mlýnský, Jägerstüdel.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech  
 Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß.  
 Druck: Deutsche Zeitungs- & G. Prag.  
 Für den Druck verantwortlich: S. Holik.

# Konturs-Ausschreibung.

Zahl 181.  
 Am a. d. Krankenhaus in Aulzig gelangt mit 1. Mai 1927 die Stelle  
**a) 1 probitorischen Sekundärarztes**  
 und bei etwaiger Vorrückung eines demaligen Externarztes die Stelle  
**b) 2 Externärzte**  
 zur Besetzung.  
 Mit der Stelle a) ist ein Jahresdienstverhältnis von derzeit Kč 11.767,20 nebst freier Anstaltskost nach der besseren Verpflegsklasse (ohne Getränke) u. einem Dienstzimmer, mit der Stelle b) die Gewährung der freien Anstaltskost (ohne Getränke) und nach Möglichkeit eines Dienstzimmers sowie die Auszahlung einer Remuneration von monatlich Kč 300.— aus dem Bezirksfonds verbunden.  
 Ledige Bewerber haben ihren schriftlichen, gestempelten Gesuchen folgende Belege beizufügen: Doktordiplom, Heiratschein, Geburtschein, Sittenzugnis, Beschreibung der bisherigen Tätigkeit, den Nachweis, daß sie die tschechische Sprache genügend beherrschen, ferner die schriftliche Erklärung, daß sie keinen ständig honorarieren Posten besetzen und übernehmen und keine Privatpraxis ausüben.  
 Die Anmeldefrist beträgt unter allen Umständen sechs Wochen.  
 Die Gesuche sind bis 20. April 1927 hiermit einzubringen. Gesuche ohne obige Beilagen werden nicht berücksichtigt.  
**Verwaltungsausschuß**  
 des a. d. Krankenhauses in Aulzig.  
 am 4. April 1927.  
 Der Vorsitzende: Rud. Müller m. p.

# Wegen eines Schlosses?

Mit Bezug auf unser gestriges Heftchen von Leon Blum schreibt uns Genosse de Witte:  
 Liebe Genossen!  
 Der launige Auffatz über sein schönes Schloss, den Genosse Blum im „Populaire“ veröffentlichte und den ihr heute im „Sozialdemokrat“ wiedergegeben habe, veranlaßt mich vor allem zu folgender Frage: Wie selten müssen wohl in Frankreich die politischen Märchenschlösser sein, wenn Leon Blum sich hinsetzt und eines solchen Schlosses halber einen Auffatz schreibt! Wie produktiv sind demgegenüber doch unsere bürgerlichen Märchenerzähler, deren Phantasie ebenso grenzenlos ist, wie ihre Schwärmerei und ihre Beharrlichkeit, mit der sie die einmal verdichteten Rieseneinkommen, Schlösser, Villen, Sammlungen usw. usw. der sozialdemokratischen „Führer“ als unumstößliche Wahrheiten aufrechterhalten. Wo wäre der sozialdemokratische Funktionär, der nicht eine ganze Fülle der listigsten Erfindungen zum Besten geben könnte, die bürgerliche Zeitungen und Redner über seine fabelhaften (in der Tat fabelhaften) Reichtum zujahe förderten.  
 So „verbreitete sich“, als ich laum einige Monate lang die Funktion eines Vizebürgermeisters der Stadt Karlsbad inne hatte, in Karlsbad das Gerücht, daß ich ein schönes Haus in der Parkstraße gekauft habe; zu dem bald ein zweites, drittes und viertes Haus kam. Die hätte ich gedacht, daß ein ernster Mensch auf diese Dummbheiten hereinfallen würde, und so ließ ich denn die Leute reden. Da kam einmal ein biederer Spenglermeister zu mir aufs Amt, der eine lange Rede hielt, daß er so wenig beschäftigt sei und „auch einmal ein Stück Arbeit haben wolle“. Als ich ihm erklärte, daß er doch dem Stadtrat ein Offert vorlegen müsse, wenn er auf städtische Arbeit reflektierte, klärte er mich endlich auf, daß er

sich nicht um eine städtische Arbeit, sondern um die Klempnerarbeit auf meinem neuen Besitz, der großen Körbervilla in der Panoramastraße bewerbe, und ich mußte lang und viel reden, um ihn davon zu überzeugen, daß er irgend einem Fabelhaus aufgefressen sei und daß ich auch nicht die kleinste Hütte mein eigen nenne. Bald darauf kam ein Arbeiter zu mir, der mich in bewegten Worten um Überlassung des Hausmeisterpostens in meinem neu erworbenen Hause in der Mattontstraße bat — bei der Untersuchung des „Falles“ stellte sich dann heraus, daß es außer mir nur noch sehr wenige Menschen in Karlsbad gab, die von dieser meiner Neuerung noch nichts wußten.  
 Eine bürgerliche Karlsbader Zeitung brachte einmal die Sensationsnachricht, daß sich „der Führer armer Arbeiter de Witte ein Badezimmer für neuntausend Kronen angeschafft“ habe. In der nächsten Nummer derselben Zeitung kostete dieses Badezimmer bereits achtzehntausend und gleich darnach sogar sechsunddreißigtausend Kronen. Der Preis ging also in der geometrischen Progression in die Höhe. Dann gelang es mir, den Redakteur zu überzeugen, daß ich leider überhaupt kein Badezimmer besitze, worauf der bürgerliche Kollege sich damit entschuldigte, daß — ein Polizist ihm den Bären aufgebunden habe. Trotzdem schwört jeder bürgerliche Westböhmens auch heute noch ebenso auf mein fürstliches Badezimmer, — auf die Unentgeltlichkeit meiner Wohnung in einem der Stadt gehörigen Hause, für die ich das zweieinhalbfache des Friedenslohnes zahle, und vor kurzem erst sprach ein bürgerlicher Abgeordneter, der sich ein Badezimmer einrichten wollte, bei mir vor, um sich die Einrichtung meines berühmten Badezimmers anzusehen. Dem Nichts gegenübergestellt, verließ er mich lachend: „Ach, das war nur ein politisches Badezimmer.“  
 Wie oft schon habe ich den bürgerlichen Rednern, die mir in Versammlungen meine Besitztümer vorhielten, feierlich alle diese Besitztümer

Eigentum abgetreten und an diese Überzeugung nur die eine Bedingung geknüpft, daß die Anwärter diese Besitztümer (Grundstücke, Häuser, Aktien u. dgl. mehr) finden müßten. Es hat noch keiner sie gefunden, aber die Erzählungen gehen flott weiter. Ein führender Gewerbetreibender in Karlsbad brachte inzwischen eine neue politische Sensation in Umlauf: „Während die von ihm geführten Arbeiter hungern, hat der Abgeordnete de Witte eine Tochter mit einer halben Million tschechischer Kronen ausgeheiratet.“ Das zieht! Neben dieser Halbmilliardenmögigkeit verschwinden die gewerbetreibenden Ändel. Was tut, daß ich überhaupt keine verheiratete Tochter habe, daß meine beiden Töchter noch nicht aus der Schule ausgetreten sind? Und daß ich ihnen — millionenlusterne Freier seien bereits schon gewarnt — dereinst nichts werde mitgeben können, als was sie in der Schule gelernt haben? Die Halbmilliardenmögigkeit der Abgeordnetenochter de Witte bleibt am Repertoire des wackeren Gewerbetreibenden darauf, daß Genosse Pohl eine „feine Villa“ besitze — nur schwören die Falke u. a. r., diese Villa sei in Teplitz während die Teplitzer einen Eid darauf leisten, daß Pohls Villa in Palenau liege. Von den Häusern, die wir alle in Deutschland und in Wien haben, von unteren Bankhabenden im Ausland und ähnlichen Reichstümern sei weiter gar nicht erst von uns geredet. Es reden ohnedies zehntausende Menschen davon, deren politischer Weisheit Alpha und Omega die märchenhaften Reichtümer der Arbeiterführer sind.  
 Wenn Leon Blum also eines ihm angebotenen Schlosses halber einen Aufsatz schreibt, so beweist er damit auch nebenbei, wie phantastisch die französischen Antisozialisten sind; wir würden Berge von Papier brauchen, wenn wir unserer bürgerlichen Wasserproduktion an „sozialdemokratischen“ Schlössern, Gütern und Villen begegnen wollten . . .